

**SOZIAL.
GERECHT.
FRIEDEN.
FÜR ALLE.**

26. Mai 2019: Kommunal- und Europawahlen

- Neuer Wind für die Europäische Linke Seite 6
- 5 Jahre im Kreistag – Spuren der Linksfraktion Seite 10
- DIE LINKE stellt sich im Schlaubetal neu auf Seite 12



Aus dem Landtag Brandenburg

- Brandenburg schafft Straßenausbaubeiträge ab Seite 9
- „Fridays for Future“ – Jugendliche kämpfen für die Zukunft Seite 9
- Verfassungsschutzgesetz im Innenausschuss S. 9



Postkarte zur Wahl zum Europäischen Parlament 2014 der Partei DIE LINKE „Hier und in Europa“, Zeichnung Gerhard Seyfried

Ein Interview = acht Fragen für die Europäische Union

Helmut Scholz, ein Mitglied und Kandidat für das Europäische Parlament, im Interview

Helmut, Du bist Mitglied des Europäischen Parlaments seit 2009, stellst Dich erneut zur Wiederwahl, wurdest gleich im ersten Wahlgang mit 80 Prozent der Vertreter*innenstimmen gewählt und bist somit erneut aussichtsreicher Kandidat aus dem Land Brandenburg für das „so ferne Parlament“. Das Interview wird uns Deine bisherige Tätigkeit und Deine Ansprüche an europäische Politik näher bringen und

auch, was die Menschen „von Europa haben“. (Interview Frithjof Newiak, Cottbus).

EU contra Kommune?

Die Europawahlen wurden mit den Kommunalwahlen terminlich verbunden. Ist das nicht ungeschickt, Wahlen für ein globales Gremium mit einem regionalen zusammenzulegen?

Nein, denn das neu gewählte Europäische Parlament (EP) wird mit seinen Ge-

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree



Helmut Scholz, Mitglied des Europäischen Parlaments, Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, Mitglied in den Ausschüssen für internationalen Handel, Foto: DIE LINKE, GUE/NGL-Fraktion

Kurzwahlprogramm der Partei DIE LINKE:

Gute Arbeit in Europa

setzen und Entscheidungen auch Brandenburg und seine Kommunen beeinflussen – das EP wirkt vor Ort! Daher begrüße ich den gemeinsamen Termin zur Wahl des EP mit der Kommunalwahl in Brandenburg. Beide Ebenen wirken zusammen und haben auch durchaus Parallelen: Ob nun im EP oder in einer Gemeindevertretung, jedes Thema sucht sich seine Mehrheiten neu. Nur sehr wenig ist wirklich schon im Vorfeld fest oder gar durch die Rollenverteilung „Regierung–Opposition“ vorbestimmt. Daher gehören Europa und die europäische Politik zum Handwerkszeug von kommunalpolitischer Aktivität, und so ist auch die Verknüpfung beider Wahltermine miteinander sinnvoll. Themen, die für die Kommune auf der Agenda stehen, können so direkt in einen europäischen Kontext gesetzt werden. Ein gemeinsamer Fokus kann die verschiedenen Ebenen verknüpfen und die politische Debatte bereichern. Und die möglicherweise höhere Wahlbeteiligung sollte man bei kombinierten Wahlen ebenso nicht außer acht lassen.

Zusätzlich ist es natürlich auch effizienter: Man spart Zeit, den zusätzlichen Einsatz von Wahlhelferinnen und Wahlhelfern und nicht zuletzt auch Geld, wenn man die Termine kombiniert.

Wenn die Tätigkeit der Kommunen so stark durch die EU beeinflusst wird, ist doch die Frage, welcher Handlungsspielraum da überhaupt noch besteht?

Da verhält es sich ähnlich wie mit der Beziehung des Bundestags (bzw. Landtags) zur Kommune. Das EP gibt den globalen Kontext vor, setzt die Richtlinie. Die konkrete Ausgestaltung, die Differenzierung im Kleinen, erfolgt aber vor Ort. Das EP will, kann und darf ja auch gar nicht in jedes Detail „Reinregieren“, das ist ein falsches Bild. Das EP gibt eine Art Richtschnur vor – einen Mindeststandard unter dem es dann in der EU bzw. den Mitgliedsstaaten nicht gehen darf. Was man dann vor Ort konkret damit macht und wie weit man geht (denn ein „Mehr“ geht immer) bleibt in regionaler bzw. kommunaler Hoheit. Das ist richtig und finde ich gut, denn auch für mich ist die Kommunalpolitik das Kronjuwel linker Politik.

Dass für gestaltende Kommunalpolitik auch finanzielle Mittel vor-

handen sein müssen, versteht sich von selbst. Für die Finanzausstattung der Kommunen ist aber der nationale Gesetzgeber zuständig, nicht das EP. Insofern sind die Adressaten bei der Frage nach Handlungsspielräumen der Bund und das Land.

Die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist sehr stark durch ihren meist schmalen Finanzrahmen bestimmt und dazu gibt es die Regulierungen durch die EU. Schränkt das die Kommunen nicht zusätzlich ein?

Wie gerade gesagt: Die Grenzen setzt eher die Bundes- und Landespolitik, nicht das EP. DIE LINKE kritisiert den Bund zum Beispiel stark für seine Politik, die dafür sorgt, dass die Sozialausgaben immer weiter steigen – in diesem Jahr auf gute 60 Mrd. Euro, soweit ich weiß. Wenn gleichzeitig rund 80 Prozent dieser Kosten auch noch von den Landkreisen und kreisfreien Städten getragen werden müssen, läuft da schon was falsch, finde ich.

Wie ich das meine? Mit einem auskömmlichen bundesweiten Mindestlohn müssten viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht noch zusätzlich zum Amt und aufstockende Leistungen beantragen. Hier muss man gegensteuern!

Das Land Brandenburg unter Rot-Rot hat hier im Rahmen seiner begrenzten finanziellen Möglichkeiten schon einiges zum Ausgleich für die Kommunen getan, finde ich. Der kommunale Finanzausgleich sorgt zum Beispiel dafür, dass reichere Kommunen in einen Topf einzahlen, aus dem dann ärmere Kommunen einen Ausgleich erhalten. Das ist Solidarität! Auch das Land selbst gibt an seine Kommunen mehr Geld als frühere Landesregierungen (unter anderen Parteikonstellationen) und baut trotzdem im Rahmen seiner Möglichkeiten die Schulden der Vorgängerregierungen ab! Der größte Brocken ist immer noch die Bundespolitik. Sie hat die größten Auswirkungen und hier muss der Wechsel her!

Welchen Nutzen haben die Kommunen konkret? Was wäre ohne EU nicht möglich gewesen? Welche Beispiele gibt es in Brandenburg?

Da kann ich eine fantastische Internetseite empfehlen: www.das-tut-die-eu-fuer-mich.eu. Hier findet sich sehr detailliert aufbereitet, was die EU in den letzten Jahren konkret bei uns vor Ort bewirkt und



unterstützt hat. Und das ist eine Menge! Beispiel Cottbus, so ist auf dieser Internetseite zu lesen: „Aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung erhielt die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg rund 5,7 Mio. Euro für ein Projekt, bei dem erforscht werden sollte, inwieweit Sonnenenergie in Elektroautos gespeichert werden kann. (...)“

Als Mitglied der Euroregion Spree-Neiße-Bober profitiert die Stadt Cottbus zusammen mit der polnischen Partnerstadt Zielona Góra von EU-Fördermitteln für den Erhalt von Natur- und Kulturerbe. So wird etwa die Wiederherstellung und Pflege der historischen Parkanlagen Branitz und Zatonie aus EU-Mitteln unterstützt. Die Maßnahmen kommen sowohl dem Tourismus der Stadt, als auch der Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner zugute.

Auch der Tierpark Cottbus profitierte von EU-Geldern. So konnte beispielsweise das neue Tigerhaus errichtet werden. An den Kosten von etwa 1,1 Mio. Euro beteiligte sich die EU mit einer Förderung von rund 850 000 Euro. Auch die Errichtung des Freigeheges der Tiger wurde mit 320 000 Euro von der EU unterstützt.“

Und auch zu Spree-Neiße gibt es dort zu lesen: „Die berühmten Spreewälder Gurken sind neben dem Spreewälder Meerrettich eine von zwei geschützten geografischen Angaben (g.g.A.) in der Spreewaldregion, wo sie seit Jahrhunderten angebaut werden. Ein neues Projekt, das von der EU gefördert wird, soll Lösungen für Probleme mit Ertragsausfällen, Schaderregern und Konservierung finden. Dadurch sollen Qualität und Menge der Gurken nachhaltig gesichert werden.“

Mit Blick sowohl auf die Umwelt als auch auf zwischenmenschliche Begegnungen wurde 2016 der Gräbendorfer Garten in Casel mit finanzieller Unterstützung der EU erweitert. Infotafeln mit Grafiken und Texten auf Deutsch und Sorbisch vermitteln Wissen über Kräuter, Blumen und Bäume. Der Gräbendorfer Garten soll Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Vielfalt der Natur aufzeigen und darstellen, wie man diese am besten schützt.“

Ich finde, das ist nicht wenig und muss noch viel stärker publik gemacht werden! Wir haben alle etwas von der EU! (Beispiele LOS: siehe Kasten Seite 5, Red.)

Sind sich die Kommunalpolitiker*innen dieser Möglichkeiten bewusst oder erfordert es noch weiterer Aufklärung, und wer kann die leisten?

Wir alle, jede und jeder kann und muss diese Arbeit leisten. Die Politikerinnen und Politiker, indem sie mit den Bürgerinnen und Bürgern das Gespräch suchen und Zusammenhänge erklären. Die Bürgerinnen und Bürger, indem sie sich für Politik interessieren und aktiv einbringen, ihre Stimme erheben und klare Forderungen an uns in der Politik stellen. Wir als LINKE wollen, dass Menschen sich wieder stärker einmischen, europäisch wie vor Ort, und Gesellschaft aktiv gestalten. Die Zeit bis zur Wahl am 26. Mai 2019 muss genutzt werden, um über die Arbeit des EP weiter aufzuklären und den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen, welche Wirkung die europäische Politik entfaltet. Ich versuche, so oft wie es mir möglich ist, in meinem Wahlkreisen Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern unterwegs zu sein und mit den Leuten zu sprechen. Den Menschen muss gezeigt werden, dass es Gründe für ihre Beteiligung an der Wahl des EP gibt. Es bedeutet, sich selbst eine Stimme und Gehör in der Europäischen Union und dessen Parlament zu verschaffen, mitzugestalten an der europäischen Zukunft.

Mir ist klar, EU-Politik gehört weiterentwickelt und verbessert. Das erfordert aktive Beteiligung und Einmischung der Bürgerinnen und Bürger. Und so ist Wahlbeteiligung und Einmischung auch für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger wichtig, denn das neu gewählte EP wird mit seinen Gesetzen und Entscheidungen auch den Alltag in Brandenburg beeinflussen – das EP wirkt vor Ort!

Mich stört aber insbesondere eine immer wieder zu hörende mangelnde Differenziertheit. So heißt es im Protest oft „Die da oben haben ...“ oder „Die in Brüssel haben ...“. So ist es ja nun nicht! Erst einmal sind es nicht immer nur „Die“, sondern ganz bestimmte politische Mehrheiten und Konstellationen. Es gibt immer eine andere Meinung und politische Parteien, die für diese stehen und um ihre alternative Position bei Wählerinnen und Wähler werben.

Dazu kommt, dass in Brüssel viel mehr Politik national gemacht wird, als alle denken. Die Regierungen aller Mitgliedsländer, so auch die deutsche Bundesregierung mit ihrer Großen Koalition, sitzen im EU-Ministerrat zusammen an einem Tisch. Entscheidungen werden

Flucht hat Ursachen

Waffenexporte stoppen



Die EU plant mehr Geld in Rüstung zu stecken und weniger in die Förderung von guten Lebensverhältnissen. Wir sagen Nein! Aufrüstung und eine zusätzliche europäische Armee schaffen keinen Frieden. DIE LINKE will abrüsten und eine friedliche Außenpolitik. Aus der EU werden die meisten Waffen exportiert. Sie befeuern die Kriege und schaffen Fluchtursachen. Wir wollen Waffenexporte verbieten und die Ursachen von Flucht bekämpfen.

Steuern schon abgeliefert?

Konzerne zur Kasse



Der Reichtum in Europa explodiert. Gleichzeitig wächst die Armut. Konzerne machen Gewinne von Milliarden Euro im Jahr, bezahlen aber kaum Steuern. Wir wollen Mindeststeuern für Konzerne und hohe Vermögen überall in Europa einführen. Steueroasen legen wir trocken. Die Strafen für Steuerhinterziehung von Banken und Konzernen wollen wir verschärfen. Den Digitalkonzernen wie Google und Amazon sagen wir: zur Kasse!

Bei der Miete auf dem Teppich bleiben

Bezahlbare Wohnungen schaffen



Die Mieten in vielen Städten in Europa explodieren. Es gibt zu wenig bezahlbare Wohnungen. DIE LINKE will öffentlichen, sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Alle Länder in der EU müssen so viele bezahlbare Wohnungen bereitstellen, wie benötigt werden. Wir wollen eine wirksame Mietpreisbremse: Immobilienkonzerne wie Vonovia und Deutsche Wohnen wollen wir in öffentliches Eigentum überführen.

Klima vor Profite

Saubere Energie fördern



Es ist fünf vor 12. Wir können das Klima retten. Wenn wir jetzt europaweit Regeln für saubere Energie durchsetzen. Wir wollen die schmutzigsten Kohlekraftwerke in Europa sofort abstellen – spätestens 2030 sind alle vom Netz. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine Absage. DIE LINKE will kostenfreien Nahverkehr fördern. Wir bauen die europäische Bahn aus: gut und bezahlbar. Wir wollen umweltfreundliche Landwirtschaft fördern: regional und mit kurzen Transportwegen.



Mehr Geld für Bildung, Bus und Bahn

Reichtum
gerecht verteilen

Gesundheit und Wohnen gehören nicht an die Börse! DIE LINKE will Geld aus den Finanzmärkten abziehen und in gute öffentliche Dienstleistungen stecken. Wir fördern die regionale und produzierende Wirtschaft – mit guter Arbeit und umweltverträglich. Banken, die bei Steuerhinterziehungen von Unternehmen helfen, entziehen wir die Lizenz. Riskante Spekulationsgeschäfte wollen wir verbieten. Mit einer Steuer auf schnelle Finanzgeschäfte bremsen wir die Spekulation.

Tu was gegen Nazis!

Solidarität
statt HetzeTU WAS
GEGEN
RECHTS!

Wir stehen gegen rechte Hetze und Rassismus und für die Menschenrechte. Die Rechten suchen Sündenböcke, lösen aber keine Probleme. DIE LINKE bietet Lösungen, die für alle Menschen funktionieren. Kommunen, die Menschen aufnehmen, sollen nach unserem Plan zusätzliches Geld von der EU bekommen. Für mehr bezahlbaren Wohnraum, gute Bildung und faire Arbeit für alle. Für weniger Ungleichheit und mehr Zusammenhalt. Solidarität ist unteilbar.

Mehr drin

Löhne rauf,
Armut runter

Alle EU-Staaten müssen garantieren, dass die Menschen sicher vor Armut geschützt sind: mit europaweiten Mindestrenten und Mindestsicherungen. Die Höhe der Mindestsicherung richtet sich nach den Einkommen in den jeweiligen Ländern. In Deutschland fordern wir: 1.050 Euro – ohne Kürzungen. Wir schaffen gute Arbeit in Europa und ein Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit. Das ist die beste europäische Arbeitslosenversicherung!

Sichere Häfen schaffen

Menschen
retten

Wir lassen Menschen nicht ertrinken! Das Seerecht muss wieder gelten: Menschen aus Seenot zu retten, ist Pflicht. Wir wollen sichere Fluchtwege. Menschenrechte müssen durchgesetzt werden. Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, erhalten zusätzliche Mittel für Bildung und bezahlbaren Wohnraum für alle. Öffentliche Infrastruktur braucht ausreichend Geld. Rassismus stellen wir uns in den Weg – überall in Europa.

hier in der Regel einstimmig getroffen und wirken EU-weit. Es ist also teilweise schon schizophren, wenn deutsche Regierungspolitik auf Europa schimpft. Als Sündenbock ist die europäische Ebene, die sich entfernt anfühlen kann, als die nationale, eben willkommen.

Hier sind Aufklärung und Redlichkeit gefordert: Von uns Politikerinnen und Politikern beim Erklären der Zusammenhänge und von den Bürgerinnen und Bürgern beim Interessieren für europäische Politik. Ein dickes Brett, ich weiß. Aber ich würde nicht noch einmal für das EP kandidieren, wenn ich nicht Optimist wäre.

Nationalstaatliche Politik
– eine Alternative?

In vielen Ländern ist eine Hinwendung zu nationalstaatlicher Politik und Abkehr von der EU zu beobachten. Am deutlichsten ist das am Brexit festzumachen. Ist die EU damit gescheitert?

Es stimmt leider, dass in vielen Ländern nationalistische Kräfte stärker geworden sind. Wir dürfen diese geschichtsvergessenen Parteien aber auch nicht stärker reden, als sie sind. Laut dem Statistikamt Eurobarometer halten acht von zehn Deutschen die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache. Europa-weit teilen 63 Prozent der EU-Bevölkerung diese Ansicht. Das ist der beste je gemessene Wert.

Vielleicht führt gerade der Brexit vor Augen, wie absurd die Forderung nach Verlassen oder Abschaffen der Europäischen Union ist. Es sind egoistische, extrem wertkonservative Kräfte, die mit finanzieller Unterstützung von sehr reichen alten Männern die britische Debatte zum Brexit geprägt haben. Es handelt sich nicht um eine rationale Debatte über die Europäische Union, sondern das Schwelgen in Erinnerungen an das Empire und die Wiederwahl im eigenen Wahlkreis.

Ein weiterer markanter Anteil der Stimmen für einen Austritt Britanniens aus der EU basierte jedoch auf sozialem Protest. Man muss zwar einräumen, dass die EU eigentlich nicht schuld ist an der Misere des britischen Gesundheitssystems, an übersteuerten Mieten, an der schlechten Situation von Alleinerziehenden. Das sind bislang alles nationale oder lokale Entscheidungen.

Dennoch bringt der Protest zum Ausdruck, was sich die Menschen eigentlich von ihrer Europäischen Union erhoffen würden. Wir müssen ihre Forderungen aufgreifen und die Prioritäten der gemeinschaftlichen Politik verändern. Der Mehrwert von Europa muss deutlich erlebbarer sein. Dafür braucht es vor allem eine sozialpolitische Initiative. Wir brauchen eine deutliche Steigerung der Einkommen in den ärmeren Mitgliedstaaten unserer Union. Im Lissabon-Vertrag haben Briten, Christdemokraten und Liberale leider der Kommission schriftlich untersagt, einen Vorschlag für einen europäischen Mindestlohn zu unterbreiten. Aber wo ein Wille ist, können die Regierungen der Mitgliedstaaten Vereinbarungen treffen. Bei Rüstungsunion und Bankenrettung konnten sie das ja auch.

Welche Ursachen siehst Du für die Hinwendung zu nationalstaatlicher Politik?

Wir beobachten hier drei Phasen. Es gibt eine gutbürgerliche Mittelschicht, die keine Veränderungen mag. Diese Leute sind dagegen, dass in ihrer Nachbarschaft eine Flüchtlingsunterkunft oder ein Frauenhaus eröffnet werden, weil es ja den Wert ihres Hauses mindern könnte. Sie mögen auch keine Veränderung durch Mobilität und Migration. Sie mögen keine Menschen, die anders aussehen, anders leben, oder anders lieben. Die Herren Lucke und Henkel haben diesem wertkonservativen Bürgertum ein Ventil angeboten. Das Reden über die Mentalitätsunterschiede zu den Mittelmeerstaaten Europas, mit denen man deshalb nicht gemeinsam im Euro sein könne, machte auch Stimmen salonfähig, die in ihrer Feindseligkeit und Angst vor allem Fremden noch viel weiter gehen und die in der deutschen Fußballnationalmannschaft wieder nur weiße Jungs sehen wollten. Dann kam Trump und attackierte ganz direkt jede Form von politischer Korrektheit und Gleichberechtigung in der Sprache. Er löste damit international einen Überbietungswettbewerb der schlimmsten verbalen Attacken aus. Die politische Sprache der aufstrebenden Rechten in Italien, Spanien, den Niederlanden, Schweden, Ungarn, Deutschland, Griechenland, Brasilien und auch Israel soll einschüchtern. Deshalb gilt es für



uns nun erst recht, dem aufrecht entgegenzutreten. In dieser Europawahl ist die Teilnahme an der Wahl auch ein Stück anti-faschistischer Kampf. Und es ist auch die Herausforderung, einer von jenen Kräften beabsichtigten und schon in Angriff genommenen geistig-konservativen Wende weg von vielen erreichten zutiefst demokratischen Grundwerten entgegenzutreten.

Es ist also nicht nur ein Kommunikationsproblem. Ist es aber ein Problem falscher Politik, oder liegt der Fehler bereits in der Gründung der EU?

Die Ausrede mit dem Kommunikationsproblem lasse ich nicht zu. Es gab politische Entscheidungen, die waren schlicht falsch. Zum Beispiel die grausamen Sparauflagen für Griechenland und Portugal. Der damalige Bundesfinanzminister Schäuble hat auf europäischer Ebene eine neoliberale Politik durchgesetzt, mit der Regierungen gezwungen wurden, ihre öffentlichen Dienstleistungen zu privatisieren. Das war eine konkrete schlechte Entscheidung von konkreten politischen Handelnden und Parteien. Wir sollten das betonen und ihnen in unserer Kritik nicht die abstrakte EU als Tarnkappe anbieten.

Was es aber aus meiner Sicht gibt, ist ein Problem im Schulunterricht. Die Bürgerinnen und Bürger sollten schon in der Schule erklärt bekommen, wie eigentlich ein Gesetz gemacht wird und an welcher Stelle die Entscheidungsprozesse beeinflusst werden können. Das ist ein wichtiger Grundaspekt jeder Demokratie. Für die Entscheidungsebene Deutschland wird das durch Schulen und Medien noch einigermaßen geleistet, wenn auch längst nicht in ausreichendem Maße. Deshalb sollte auch die Landesregierung in Brandenburg die Herausforderung annehmen und Chancen ergreifen, ein Mehr an entsprechenden Lehrmaterialien zur Verfügung zu stellen und Lehrpläne anzupassen. Für die europäische Ebene gibt es da noch sehr viel zu verbessern.

Es wird jetzt häufiger von einem Sozialpakt gesprochen. Ist das eine Reaktion auf das Auseinanderdriften in der EU?

Ich würde mir wünschen, dass über einen Sozialpakt nicht nur in Wahlkampfzeiten gesprochen wird. In unserer Europäischen Union

wurden vor kurzer Zeit in Göteborg auf einem Sondergipfel die Säulen einer sozialen Union beschrieben. Das war eine Reaktion auf die Stimmung vor und nach der Brexit-Abstimmung. Das Ergebnis ist leider ein ausgesprochen zahnloser Kompromiss. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten, insbesondere aber die Parteien mitte-rechts des politischen Spektrums, aber auch mein Namensvetter im Finanzministerium, müssen ihre Blockade von echten sozialen Innovationen und einem europäischen Lastenausgleich nun endlich einmal aufgeben.

Nun gibt es Meinungen, dass die EU nicht reformierbar sei. Du kandidierst wieder für das EP. Welche Möglichkeiten hast Du bzw. Deine Fraktion, um die EU sozialer, transparenter und demokratischer zu gestalten?

Politik ist veränderbar – in der EU und in Deutschland, wie in allen anderen 27 EU-Mitgliedstaaten. Wir machen das ständig. Zum Beispiel spielen Umweltschutz und Klimawandel eine viel größere Rolle als früher. Das zwingt zum Umdenken – in allen Bereichen des täglichen Lebens und entsprechend von der Politik zu treffen der Entscheidungen. Aber es ist noch längst nicht genug. Die paternalisierende Art, mit der z.B. Kommissionspräsident Juncker von den luxemburgischen Christdemokraten die Klimaschutzkämpferin Greta Thunberg behandelte, sprach Bände. Aber ebenso auch von deutschen Politiker*innen z.B. der FDP oder CDU/CSU. Offensichtlich wird dieser Aufschrei der Jugend einfach nicht verstanden. Das „Business as usual“ – also ein weitermachen mit Marktlogik und alleiniger Ausrichtung des Setzens von Rahmenbedingungen für das Funktionieren des EU-Binnenmarktes – kann nicht mehr funktionieren, darf so nicht fortgesetzt werden. Wir brauchen im nächsten Europäischen Parlament starke Abgeordnete, die um die Bedeutung der globalen Aufgaben wissen. Ich setze mich intensiv für das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen der Agenda 2030 ein. Dazu gehört ganz vorne auch in Europa die Überwindung von Armut. Das soll jedoch nicht auf Kosten von anderen geschehen, sondern in Partnerschaft mit den Gesellschaften der Welt und im Interesse der Erhaltung unserer Umwelt für uns, und alle nach-

Am 26. Mai 2019 DIE LINKE wählen

Wir bitten um Ihre Stimme:
am 26. Mai 2019

DIE LINKE.

Für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt: 25.000 Lobbyisten machen für die Unternehmen und Reichen Druck auf das Europäische Parlament. DIE LINKE lässt sich nicht kaufen. Wir wollen starke Parlamente und eine gemeinsame Verfassung. Gemeinsam mit Millionen von Menschen setzen wir uns ein für gute Arbeit, gutes Klima und ein Europa, für das es sich zu kämpfen lohnt. Unterstützen Sie uns mit Ihrer Stimme.

folgenden Generationen unserer Erde. Ja, die #Fridays4Future-Bewegten haben recht – und was so viele Wissenschaftler*innen und einzelne Bewegungen, gesellschaftlichen Kräfte und auch politischen Akteure seit vielen Jahren ja auch betonen, aber eben nicht zum Einlenken von Politik geführt hat: Es gibt keinen Planeten B. Genau darin unterscheiden wir uns vom Egoismus und vom Nationalismus von Trump und deutschen und europäischen Rechten. Wir wollen sozialen Fortschritt. Wir wollen, dass fairer und ethischer Handel die Normalität wird. Wir wollen Frieden statt Konfrontation mit Russland und China, mit allen Ländern, weltweit. Diese Art von Politik muss Kriterium für jegliche Gesetzgebung in der EU werden, muss auch entscheidendes Maß für die Zusammensetzung der neuen EU-Kommission werden.

Das Interview wird bis zur EU-Wahl fortgesetzt. Die Veröffentlichung erfolgt auf der Internetseite des Kreisverbandes Lausitz: www.dielinke-lausitz.de/wahlen/europa/fragen-an-helmut-scholz/#c188028

„Die EU in meiner Region“ LOS

- Der europäische Agrarfonds ELER beteiligte sich an der Sanierung des denkmalgeschützten neobarocken Schlosses Selchow mit rund 180 000 Euro ...
- Die Erneuerung eines Komplexes aus sechs Trinkwasserspeichern für die Stadt Eisenhüttenstadt wurde mit rund 3,5 Millionen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) unterstützt ...
- Ebenfalls profitierten mehrere Schulen im Landkreis von Zuwendungen aus dem EFRE. So flossen rund 1,3 Mio. Euro in den Neubau des Carl-Beckstein-Gymnasiums in Erkner. Weitere Gelder gingen in die Förderung benachteiligter Jugendlicher einer Gesamtschule in Eisenhüttenstadt und in die IT-Ausrüstung von u.a. Gymnasien in Beeskow und in Fürstenwalde.
- Das Projekt Igel – Integration gelingt – bietet Langzeitarbeitslosen Integrationsbegleitung in Arbeit oder Bildung und zielt darauf ab, die soziale Situation der Teilnehmenden zu verbessern. Die Niederlassungen in Erkner und Eisenhüttenstadt werden aus dem Europäischen Sozialfond kofinanziert.

Quelle: www.what-europe-does-for-me.eu/de/portal/1/DE40C



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundes-
tages, Landesliste
Brandenburg

Kontakt:
Deutscher Bundes-
tag, Platz der Repu-
blik 1, 11011 Berlin
• Telefon:
(030) 227-7 26 75
• Fax:
(030) 227-7 66 75
• E-Mail:
thomas.nord@
bundestag.de
• Internet: [https://
thomas-nord.de](https://thomas-nord.de)

Wahlkreisbüro:
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
Glen Dammann,
Tel.: (033 61) 34 26 18
Fax: (033 61) 34 26 24
E-Mail: thomas.
nord.ma06@bun-
destag.de

Wahl zum Europäischen Parlament

Neuer Wind für die Europäische Linke

Sechs Wochen vor der Wahl zum Europäischen Parlament ist die politische Lage unruhig und erscheint chaotisch. In Frankreich scheinen die Proteste der Gelbwesten abzuflauen. Aber vielleicht ist es nur ein kurzes Luft holen nach 21 Samstagen seit November 2018, an denen sich die Gilets Jaunes in Frankreich das erste Mal manifestiert haben. Es wird auf das politische Können von Emmanuel Macron ankommen und seine weitere Handlungsweise im Zusammenhang mit der Großen Debatte, die er vor zwei Monaten als Reaktion auf die Proteste gegen seine Politik eröffnet hatte.

Die zehn Milliarden Sozialversprechen, mit deren Umsetzung er den Verstoß gegen das erste Maastricht Kriterium für das Jahr 2019 begründet, waren den Gilets Jaunes nicht genug. So steht Macron vor der nächsten starken Herausforderung und es wird allgemein erwartet, dass er seine Schlussfolgerungen aus der Großen Debatte erst nach der Europawahl vorstellen wird, um sich über die Zeit des Wahlkampfes zu retten. Doch dies ist keine risikolose Taktik, denn die Geduld im Volke ist nicht weit vom Siedepunkt und dann kann sich das Abflauen sehr schnell als ein kurzes Luft holen erweisen, um in einen zweiten Protestzyklus der Gilets Jaunes einzutreten. Die neoliberalen Kräfte stehen nicht nur in Frankreich gehörig unter Dampf und das Feuer unter dem Kessel ist nicht aus.

FPÖ und Identitäre Bewegung

Von dem zweiten neoliberal-konservativen Jungstar in Europa ist

nicht mehr viel zu hören. Der österreichische Theodor Gутtenberg, Sebastian Kurz, ist nach einer kurzen Euphorie verblasst und kann kaum mehr die Agenda der Regierung setzen. Hans-Christian Strache von der FPÖ bekommt derzeit die höhere Aufmerksamkeit, nicht zuletzt durch die Verbindungen der FPÖ mit der Identitären Bewegung. Als ein geistiger Kopf der Identitären Bewegung wird öfters der Name Martin Sellner genannt. Letztens kam er in die Schlagzeilen durch eine Hausdurchsuchung. Die Razzia bei Sellner wurde angeordnet, weil der Attentäter von Christchurch in Neuseeland ihm Geld überwiesen haben und in seinem Text, mit dem er den Amoklauf in zwei Moscheen begründet hat, soll er auf ihn verwiesen haben. Doch der FPÖ scheint die Verbindung zu den Identitären im Zuspruch nicht zu schaden.

Strache hat sich vor wenigen Tagen erneut mit dem italienischen Innenminister getroffen, um über den Bau einer Rechtsaußen Fraktion im neuen Europäischen Parlament zu sprechen. Auch Jörg Meuthen von der AfD, der als ein Nachfolger von Alexander Gauland gilt, hat dort mediensuchend den Handschlag mit Salvini erneuert. Es erscheint als eine Neuauflage der Aktion „Patriotischer Frühling“ von 2017, die weit unter ihren eigenen Erwartungen blieb. Viele der anderen Eingeladenen kamen nicht, weder die Vertreter der Visegrad-Staaten, noch die niederländische PvdV unter Geert Wilders, noch die Vertreter der spanischen Vox, die am 28. April bei den vorgezogenen Neuwahlen auf einen Überraschungserfolg hoffen oder Marine le Pen vom ehemaligen Front National, heute Rassemblement Nationale. Ihnen scheint die distanzlose Nähe suspekt, an einem Vorbehalt gegen die rassistische Parole der „Weißen Vorherrschaft“ liegt es nicht.

„Salve Salvini“ abgewatscht

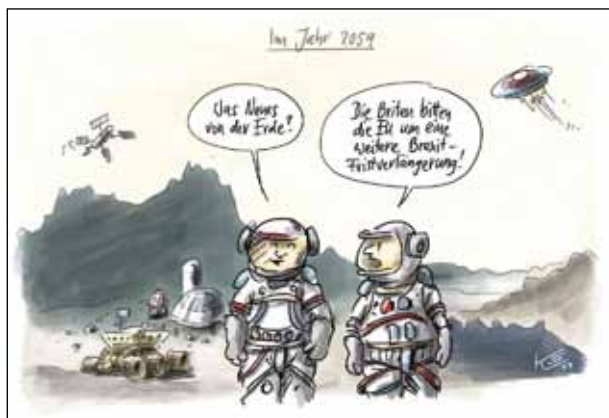
Salvini gilt in der bürgerlichen Presse im Moment als die Modfigur der Rechtsextremen Marke. Bei der letzten Wahl in Italien ist die eher linke Bewegungspartei Fünf Sterne auf über 30 Prozent gekom-

men, die erstmals italienweit angetretende Lega, vormals Lega Nord kam auf gut die Hälfte. Doch Luigi di Maio von Cinque Stelle ist politisch blass geblieben. Der Ministerpräsident Conte ist nur ein Platzwarmhalter und Matteo Salvini lässt keine Gelegenheit aus, sich rassistisch und nationalistisch zu positionieren. Ergebnis ist eine Umkehrung der Kräfteverhältnisse zwischen Fünf Sterne und Lega, was sich zunächst nur in Umfragen abgezeichnet, nun bei Regionalwahlen in Abruzzo und Sardinien bestätigt hat. Die Lega befürwortet z.B. Prämien für Kommunen, die keine Flüchtlinge mehr aufnehmen.

Weitere Regionalwahlen in Piemont und die Europawahl stehen vor der Tür. Anfängliche Spekulationen über einen inszenierten Koalitionsbruch in Italien haben sich dahin gewandelt, dass Salvini nun auf Zeit, weiteren Zuwachs und Seriosität setzt, um am Ende der Wahlperiode vielleicht sogar eine eigene Mehrheit zu bekommen. So sind die Blütenträume derzeit in Rom, sie werden durch Musicals gegen die Europäische Kommission und deren Präsident befeuert. Durch politische Scharmützel gegen Macron und Merkel. Das bringt ihm bei seinen Anhängern Applaus wie Donald J. Trump mit seinen Mauereskapaden gegen Mexiko.

Internationale oder Nationale

Mit diesem Hintergrund hat Salvini zu einem Treffen der rechtsextremen Kräfte eingeladen, um im Einklang mit dem ehemaligen Trump-Berater Steven Bannon eine gemeinsame Superfraktion nach der EP-Wahl vorzubereiten. Aber es sind der Einladung nicht so viele Parteien gefolgt, wie von den Rechten erhofft. Außerdem haben sich schnell die alten Bruchlinien der jetzigen drei Rechtsaußen Fraktionen im Europäischen Parlament gezeigt. Arthur Schopenhauer prognostizierte einmal, dass ein gewöhnlicher Kopf ungewöhnliche Gedanken trägt, sei so wahrscheinlich wie eine Eiche, auf der Aprikosen wachsen. Nationalisten sind Nationalisten und darin liegen der Kern des gegenseitigen Misstrauens



Zeichnung: Klaus Stüttmann

und der Keim ihrer Gegnerschaft. Der Begriff der Politischen liegt ihnen in der Unterscheidung zwischen Freund und Feind.

Anders ist es mit der Linken, sie hat den Internationalismus als Grundgedanken in ihrer Grundstruktur eingewebt. Aus diesem Grunde könnte es ihr deutlich einfacher sein, zu einer europäischen Zusammenarbeit zu kommen. Aber auch sie sind auf Grund der Unterschiedlichkeit ihrer Geschichte zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen gekommen. In der Gegenwart jedoch haben sich Wirtschaft und Kapital nicht nur globalisiert, sondern eben auch europäisiert und werden es auch in Zukunft weiter tun. Der Euro ist eine konkrete Erscheinungsform. Die nationalen Regierungen in der damaligen EU wollten diesen Schritt nicht gehen und nicht zuletzt aus diesem Grunde steckt die heutige EU in der Situation einer starken Asymmetrie zwischen Finanzen, Wirtschaft und Politik.

Ein Grund für die damalige Entscheidung der nationalen Regierungen lag möglicherweise auch in der Überforderung, die durch den Zusammenbruch des Realsozialismus und den anschließenden EU-Osterweiterungen von 2004 und 2007 eingetreten ist. In der Abwägung der Strategien, den Euro und die EU zu zerschlagen, um zu einer nationalen Souveränität (mit nationaler Währung) zurückzukehren oder die Kräfte der Arbeit europäisch zu organisieren und zu stärken, um dem Kapital mehr abzutrotzen, ist der letztere der Fortschrittlichere. Nicht die Union ist der dialektische Gegensatz der Linken, sondern das Kapital.

Die Europäische Linke hat für den Wahlkampf eine gute Kampagne aufgelegt. Aber sie darf bei dem jetzigen Stand nicht stehenbleiben, sondern kann ihre Zusammenarbeit mit einer gemeinsamen kommunikativen und politischen Linie stärken und ausbauen. Ihre Linie lautet daher heute nicht mehr, die EU aufzulösen, sondern in ihr für mehr soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung, ökologische Erneuerung und die Erhaltung des Friedens zu kämpfen. Das ist die richtige Antwort auf die sich abzeichnende Krise der neoliberalen Kräfte einerseits und der nationalistischen Gegenkräfte andererseits.

Wohlstands- oder Souveränitätsverlust

Das jetzige Gezerre um den Brexit zeigt, dass die nationalistischen Kräfte der Austrittsbefürworter*innen politisch in der Lage sind, die sehr heterogenen Kräfte der EU-Gegner zu einem knappen Sieg in einer Volksabstimmung zu bündeln. Sie sind jedoch vollständig unfähig, ihren Erfolg bei dem Referendum mit einer parlamentarischen Mehrheit für eine zukunftsfähige Politik praktisch zu untersetzen.

Das Vereinigte Königreich steht heute in Brüssel als Bittsteller und muss entgegen aller Vorhersagen und Selbstbekundungen an der Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai teilnehmen. In England wird traditionell am Donnerstag gewählt, weil am Freitag die Lohntüte ausgegeben wurde, die vor der Einführung des bargeldlosen Transfers den Weg zum Tresen oftmals nicht überlebt hat. Die Sorgen vor dem finanziellen und wirtschaftlichen Absturz als Folge des Brexit-Katers scheinen innenpolitisch schwerer zu wiegen als der befürchtete weitere Abbau nationaler politischer Souveränität auf dem Weg zu einer „ever closer Union“.

Auf dem Europäischen Rat am 10. April wurde der Brexit in einer flexiblen Linie bis zum 31. Oktober verschoben. Es heißt in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats: „Diese Verlängerung sollte nur so lange wie nötig dauern und keinesfalls über den 31. Oktober 2019 hinausgehen. Wenn beide Parteien das Austrittsabkommen vor diesem Termin ratifizieren, erfolgt der Austritt am ersten Tag des folgenden Monats.“ Hintergrund hierfür ist, dass die neue Europäische Kommission am 1. November ihre Arbeit aufnimmt. Sollte aber bis dahin eventuell vielleicht unter irgendwelchen Umständen der Brexit doch noch nicht vollzogen sein, dürfte die neue Forderung der EU an das Vereinigte Königreich darin bestehen, einen Kommissar dorthin zu entsenden und konstruktiv an den weiteren Tagungen des Rates teilzunehmen.

Die offene Frage für den jetzt Fahrt aufnehmenden EU-weiten Wahlkampf heißt, wie sich diese Situation auf das Wahlergebnis und die neue Zusammensetzung des Europäischen Parlaments auswirkt.

DIE LINKE hat allen Grund, mutiger in die Kämpfe der nächsten sechs Wochen zu ziehen.

Das weiche Wasser bricht den Stein

Europa hatte zweimal Krieg
der dritte wird der letzte sein
gib bloß nicht auf, gib nicht klein bei
das weiche Wasser bricht den Stein

Die Bombe die kein Leben schont
Maschinen nur und Stahlbeton,
hat uns zu einem Lied vereint
das weiche Wasser bricht den Stein

Es reißt die schwersten Mauern ein
und sind wir schwach und sind wir klein
wir wollen wie das Wasser sein
das weiche Wasser bricht den Stein

Raketen stehn vor unsrer Tür
die solln zu unserm Schutz hier sein
auf solchen Schutz verzichten wir
das weiche Wasser bricht den Stein

Es reißt die schwersten Mauern ein
und sind wir schwach und sind wir klein
wir wollen wie das Wasser sein
das weiche Wasser bricht den Stein

Die Rüstung sitzt am Tisch der Welt
und Kinder die vor Hunger schreien
für Waffen fließt das große Geld
doch weiches Wasser bricht den Stein

Es reißt die schwersten Mauern ein
und sind wir schwach und sind wir klein
wir wollen wie das Wasser sein
das weiche Wasser bricht den Stein

Komm feiern wir ein Friedensfest
und zeigen wie sich's leben läßt
Mensch! Menschen können Menschen sein
das weiche Wasser bricht den Stein

Es reißt die schwersten Mauern ein
und sind wir schwach und sind wir klein
wir wollen wie das Wasser sein
das weiche Wasser bricht den Stein

Gesang: Bots (Niederlande)
Album: Entrüstung, 1981
Liedtext: Dr. Diether Dehm



von
Matthias W. Birkwald,
Mitglied des Bundestages, parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion DIE LINKE, stellvertretender Vorsitzender des und Obmann im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales,
Foto: DIE LINKE

Solidarische Mindestrente einführen: Altersarmut wirksam bekämpfen und das Rentenniveau wieder anheben!

In den vergangenen Wochen wurde viel über Altersarmut diskutiert. Aber es wird immer versäumt zu erklären, was Altersarmut eigentlich bedeutet.

■ **Altersarm** sind nicht nur diejenigen, die heute trotz einer Rente den Gang zum Sozialamt antreten müssen, um dann das Existenzminimum, also durchschnittlich 796 Euro „Grundsicherung im Alter“ zu erhalten.

■ **Altersarm** sind schon heute 2,8 Mio. Menschen, die älter als 65 sind, arm und eben nicht nur die drei Prozent oder 550 000 Menschen, die vom Rentner-Hartz-IV leben. Denn die Armutsgrenze der Europäischen Kommission für Deutschland liegt 300 Euro über dem Existenzminimum und damit bei 1 096 Euro netto für Alleinlebende.

■ **Altersarmut** – in Deutschland, in einem der reichsten Länder der Welt. Das ist skandalös und durch nichts zu rechtfertigen.

■ **Altersarmut** gehört bekämpft – deswegen hat DIE LINKE im Deutschen Bundestag ihre Forderung nach einer Solidarischen Mindestrente vorgestellt und in einem Antrag unter anderem die Anhebung des Rentenniveaus gefordert. Denn die Absenkung des Rentenniveaus durch SPD und Grüne unter lautstarkem Beifall von Union und FDP bleibt die wichtigste Ursache für Altersarmut in Ost und West. Im Jahr 2005 mussten Beschäftigte mit Durchschnittseinkommen 24 Jahre arbeiten, um im Alter nicht auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Heute – 14 Jahre Kanzlerschaft von Angela Merkel (CDU) und

des Durchschnitts verdient, muss sogar 37 Jahre arbeiten, um mit der Rente über die Grundsicherung zu kommen.

Wir brauchen dringend eine rentenpolitische Kehrtwende

Das Rentenniveau muss wieder den Lebensstandard im Alter sichern. Deshalb darf es nicht nur bei 48 Prozent eingefroren, sondern muss dauerhaft auf 53 Prozent angehoben werden. 53 Prozent Rentenniveau bedeutet, dass alle Renten der heutigen Rentnerinnen und Rentner und die künftigen Renten der heutigen jungen und mittelalten Beschäftigten in mehreren Schritten um zehn Prozent steigen. Die sogenannte „Standardrente“ nach 45 Jahren zum Durchschnittslohn betrage dann zum Beispiel ab 1. Juli 2019 nicht 1 323,65 Euro netto, sondern 1 456,68 Euro netto. Das wären 133,03 Euro mehr Rente. Das hilft allen Generationen, den älteren und den heute noch jüngeren. Denn eins ist doch klar: Wir brauchen gute Renten für die heute 80-jährigen und für die heute 30-jährigen! Wir dürfen Jung und Alt nicht gegeneinander ausspielen!

Zu viele Menschen haben keine Chance, zum Durchschnittsgehalt zu arbeiten. Darum muss der gesetzliche Mindestlohn auf mindestens zwölf Euro pro Stunde angehoben und die Tarifbindung gestärkt werden. Höhere Löhne und ein höheres Rentenniveau – das sind die wichtigsten Maßnahmen, um zukünftige Altersarmut zu verhindern.

Wir müssen die Arbeitslosigkeit bekämpfen und ihre Folgen für die Rente abmildern. Deshalb sollen endlich wieder Rentenversicherungsbeiträge für Hartz-IV-Betroffene gezahlt werden und zwar auf Basis des halben Durchschnittsverdienstes, so wie es auch der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert.

DIE LINKE fordert seit Langem, die „Rente nach Mindestentgeltpunkten“ für Beschäftigte mit niedrigem Einkommen zu reformieren und weiter zu führen. Im Idealfall kämen Menschen mit der sogenannten Grundrente der SPD nach jahrelanger Arbeit im Niedriglohn-

sektor ohne Bedürftigkeitsprüfung auf eine Rente in Höhe des Existenzminimums und es gäbe deutlich weniger verdeckte Altersarmut. Das ist schon sehr viel. Aber wir unterscheiden uns in einem wesentlichen Punkt zur SPD: Wir sagen, dass wer mindestens 25 Jahre in der Gesetzlichen Rentenversicherung versichert war und wessen versicherungspflichtiges Einkommen zwischen 20 und 80 Prozent des Durchschnittsentgelts lag, einen spürbaren Zuschlag auf die Rente erhält.

DIE LINKE will, das wieder fünf Jahre an Schul-, Fachschul- und Hochschulausbildung rentensteigernd anerkannt werden! Das wäre sehr gut für alle Erzieherinnen und Erzieher!

Für Alle, denen trotz dieser Maßnahmen im Alter immer noch Armut droht, wollen wir eine echte einkommens- und vermögensgeprüfte „Solidarische Mindestrente“ einführen. Diese orientiert sich in der Höhe an den beiden aktuell verwendeten Armutsschwellen von 999 Euro (Mikrozensus) und 1 096 Euro (EU-SILC) und soll demzufolge heute 1 050 Euro netto betragen.

Die „Solidarische Mindestrente“ der LINKEN ist solide finanzierbar, wenn man denn auf die Menschen hören würde und nicht auf die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die ja eher deutlich unsozial daherkommt.

Nach neuesten Umfragen der OECD sind fast die Hälfte (45 Prozent) der Deutschen bereit, zusätzlich zwei Prozent ihres Einkommens für eine höhere Rente zu bezahlen, also 65 Euro im Monat bei Durchschnittsverdienenden.

Und 77 Prozent der Deutschen wollen, dass Reiche stärker besteuert werden, um ärmere Bevölkerungsgruppen zu unterstützen.

Eine armutsfeste und den Lebensstandard wieder sichernde Rente ist finanzierbar. Sie nähme Millionen Menschen die Sorge vor Altersarmut. Die „Solidarische Mindestrente“ der LINKEN ist ein gutes Rentenkonzept für Jung und Alt!



Aus der Linksfraktion im Landtag

NACHRICHTEN AUS DER LANDTAGSFRAKTION DIE LINKE (Zusammenstellung: Heinz Schneider)

■ Brandenburg schafft Straßenausbaubeiträge ab

von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, innenpolitischer Sprecher

Der Landtag hat die Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge angenommen. Aufgrund der bundesweiten Diskussion um die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen hat die Linksfraktion mit der SPD bereits im Mai 2018 einen Bericht der Landesregierung mit Vorschlägen für bürgerfreundliche Lösungen in Brandenburg angefordert. Er sollte Grundlage für die weiteren Diskussionen und das weitere Vorgehen sein.

Die jetzt angenommene Volksinitiative „Straßenausbaubeiträge abschaffen!“ mit mehr als 100000

Unterschriften hat dabei noch einmal gezeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger die Straßenausbaubeiträge ablehnen. Zeitgleich wurde jetzt der entsprechende Gesetzentwurf im Plenum beraten. Die Linksfraktion steht damit zu ihrer Zusage, die sie im Februar gegeben hat. Mit dem Gesetzentwurf sollen Straßenausbaubeiträge zum 1. Januar 2019 rückwirkend abgeschafft werden, wenn die Maßnahme nach diesem Stichtag fertiggestellt und abgenommen worden ist.

Zum Ausgleich für die entfallenden Straßenausbaubeiträge sol-

len den Kommunen noch in diesem Jahr mehr als 31 Mio. Euro in Form einer Pauschale zur Verfügung gestellt werden. Grundlage dafür ist nicht die Einwohnerzahl, was zumindest auch eine Überlegung wert war, sondern die Länge der gemeinde-eigenen Straßen. Wenn Kommunen mit dieser Summe nicht auskommen sollten, können sie im Wege der Einzelabrechnung zusätzlichen finanziellen Bedarf geltend machen. Die Anhörung zum Gesetzentwurf soll am 6. Mai stattfinden und der Gesetzentwurf nach Beratung im Innen-

ausschuss in der Juni-Sitzung des Landtages rückwirkend zum 1. Januar in Kraft gesetzt werden.

Es ist absehbar, dass nicht alle damit zufrieden sein werden. Dass Grundstückseigentümer, die für Straßenbaumaßnahmen in den vergangenen Jahren Beiträge gezahlt haben, sich jetzt benachteiligt fühlen. Trotzdem ist der Gesetzentwurf ein großer Schritt, den man nicht kleinreden sollte. Der Landeshaushalt übernimmt zusätzliche und dauerhafte Verpflichtungen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

■ „Fridays for Future“ – Jugendliche kämpfen für die Zukunft

von Kathrin Dannenberg, bildungspolitische Sprecherin



Schülerinnen und Schüler treten auch in Brandenburg gegen die aktuelle Klimapolitik und für eine andere Umweltpolitik ein. Sie wählen dabei ganz bewusst eine Form, die an das Streikrecht der

unterstützt diesen Kampf für eine lebenswerte und vor allem lebensfähige Zukunft. Wir respektieren auch die Form des Schulstreiks, denn sie verleiht den Forderungen Nachdruck. Hier stehen sich zwei

Gewerkschaften angelehnt ist. Denn: Die Chance auf eine gesunde Zukunft und auf eine Erde, auf der man gut leben kann, ist ein unmittelbares Interesse unserer Jugend.

DIE LINKE

gleichwertige Grundrechte gegenüber: das Recht auf Demonstration und Versammlungsfreiheit und das Recht auf Bildung. Das muss kein Konflikt sein. Wenn wir aufeinander zugehen, eröffnen sich verschiedene Lösungswege:

- Die Schulen müssen eigenverantwortlich Lösungen für den ausgefallenen Unterricht finden.
- Den Schüler*innen ist klar, dass sie verpassten Stoff nachholen müssen.
- Die Politik muss ihre Forderungen im Auge behalten und in den politischen Diskurs einbinden.

Laut Artikel 28 der Landesverfassung haben Erziehung und Bildung unter anderem die Aufgabe

„die Verantwortung für Natur und Umwelt zu fördern“. In den Schulen sind bereits eigene Projekte entstanden, der Unterricht wurde auf die Straße verlegt, fach- und jahrgangsübergreifend – besseren Unterricht kann es nicht geben! Statt an Sitzungen über Kinder- und Jugendbeteiligung mitzuschreiben, organisieren unsere Schüler*innen lieber Demos, Infoveranstaltungen, geben Interviews und halten Reden.

Wir finden das großartig! Wir unterstützen die Kinder und Jugendlichen, die selbstbewusst, selbstbestimmt und lautstark für eine lebenswerte Zukunft und einen bescheideneren Ressourcenverbrauch kämpfen.

■ NSU-Aufarbeitungsgesetz (Verfassungsschutzgesetz) in Innenausschuss verwiesen

von Ralf Christoffers (Fraktionsvorsitzender)

Beim Start in die aktuelle Sitzungsperiode vor fünf Jahren haben wir uns zu einer Sicherheitsoffensive entschlossen – im Kontext einer Stärkung der Bürgerrechte. Damit haben wir einerseits vielfältige – und letztlich auch erfolgreiche – Anstrengungen für soziale Sicherheit verbunden. Andererseits ging und geht es um mehr Sicherheit im öffentlichen Raum und eine entsprechende Gestaltung der Sicherheitsarchitektur.

Ein Bestandteil dieser Sicherheitsarchitektur ist der Verfassungsschutz. Es gibt gewichtige Gründe, auf die Abschaffung des Verfassungsschutzes zu drängen – nicht zuletzt seine Verstrickung in den NSU-Terror. Mehrheiten dafür gibt es derzeit aber nicht. Wir haben uns deswegen entschlossen, erste wichtige Erkenntnisse aus dem NSU-Untersuchungsausschuss des Landtages gesetzlich zu verankern.

Die Verhandlungen waren nicht einfach. Insbesondere jene Abgeordnete, die aus ihrer Arbeit im NSU-Untersuchungsausschuss eine besonders intime Problemerkennung haben, wollten deutlich weiter gehen als die Abgeordneten, für die die Bewahrung und der Ausbau von Instrumenten im Vordergrund stand, die als geeignet für den Schutz der Gesellschaft vor Extremismus und Terrorismus erscheinen.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist also ein Kompromiss. In vielen Details geht er jedoch deutlich über vergleichbare Gesetze in Bund und Land hinaus. Wichtig ist vor allem, dass sich diese Details zu einem Gesamtsystem eng miteinander verflochtener Regelungen fügen, die dem Verfassungsschutz operative Grenzen setzen, die Bürgerrechte stärken und die parlamentarische wie die interne Kontrolle deutlich ausweiten.



von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-
Spree, kandidiert
im Wahlkreis 1 als
Spitzenkandidat der
LINKEN erneut für
den Kreistag Oder-
Spree

Aus dem Kreistag Oder-Spree

5 Jahre im Kreistag – Spuren der Linksfraktion

Angetreten sind wir 2014 mit dem Wahlprogramm für einen sozial gerechten Landkreis.

Wir haben uns nicht damit zufriedengegeben, die Vorlagen der Verwaltung abzusegnen oder zu verreißen. Zu einer konstruktiven und ergebnisorientierten Kommunalpolitik gehört für uns vor allem die Auseinandersetzung mit den anstehenden sozialen Problemen, dafür im Kreistag die dabei nötigen Initiativen zu ergreifen. Das ist schon ein ordentlicher Anspruch, denn von den 56 gewählten Mitgliedern des Kreistages gehörten nur zwölf der Linksfraktion

an. Und vom ersten bis zum letzten Kreistag dieser Wahlperiode standen wir einer hauptsächlich aus CDU und SPD bestehenden Kreistagskoalition gegenüber, die sich von Anfang bis Ende vor allem in der Ablehnung sozialer Anliegen im Kreistag einig war.

1. Der Landkreis Oder-Spree und die große Politik

Der Umgang mit Menschen, die vor Krieg und extremer Not flüchten müssen, beschäftigte den Kreistag sehr. Die Diskussion drehte sich um den Umgang mit diesen Menschen und um die Zustände an den

Grenzen. Oder und Neiße bilden die östliche Grenze des Landkreises Oder-Spree. Hier spielen Grenzfragen nicht erst in den letzten Jahren eine Rolle. Deshalb hat unsere Fraktion im Sommer 2015 eine Konferenz zum 55. Jahrestag des Abkommens von Zgorzelec angeregt und gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Rathaus von Eisenhüttenstadt durchgeführt.

Dafür hatten wir eine Broschüre herausgeben. Die Auseinandersetzungen um die Aufnahme der Menschen, die sich dann auch zu uns flüchten mussten, waren der Grund dafür, dass wir dem dann

Für einen sozialen Kreishaushalt 2019

Redebeitrag von Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, im Kreistag am 3. April 2019

Der Kreistag wird heute über den Kreishaushalt für das Jahr 2019 beschließen. In Vorbereitung darauf hatte die Linksfraktion dem Kreiskämmerer eine Liste von 35 Fragen vorgelegt. Und er kam mit den Antworten am 19. März in die Fraktion. Natürlich war das Arbeitspensum an einem Abend nicht zu schaffen. Es kamen aber viele Probleme auf den Tisch. Das half uns, unsere Position nicht nur zu finden, sondern sie auch sachkundig zu begründen.

Bis dahin hatte es eine Diskussion über den Kreishaushalt – wieder einmal – eigentlich nicht gegeben. Noch am Tag zuvor – dem 18. März – ging es im Finanzausschuss hauptsächlich nicht um den Kreishaushalt, sondern – wie in den Vorjahren – um die Absenkung der Kreisumlage.

Nun hat der Landkreis bereits jetzt eine der niedrigsten Kreisumlagen im Land Brandenburg. Da kann wohl kaum von einer Benachteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gesprochen werden. Ein Problem ist freilich der seit der Einführung der kommunalen Doppik stark gewachsene Kassenbestand.

Die Auseinandersetzungen der letzten Jahre um die Kreisumlage haben viel mit der Doppik zu tun.

Da wird von kreisangehörigen Städten und Gemeinden unter anderem mit den hohen Barmittelbeständen des Landkreises operiert und gefordert, sie zur Verbesserung der Finanzausstattung

an jene auszukehren, die sie über ihren Anteil an der Kreisumlage aufgebracht haben.

In diesem Zusammenhang sind sowohl politische als auch finanzielle Probleme der Doppik zu betrachten.

Der Landkreis ist dazu verpflichtet, ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Wenn er im Ergebnishaushalt auch Abschreibungen als Aufwand zu buchen hat und für den Ausgleich dieses Aufwands die Kreisumlage in Anspruch nehmen muss, dann entstehen insoweit Geldbestände beim Landkreis, als die aktuellen Investitionen – zumindest zeitweilig – hinter der Höhe der Abschreibungen zurückbleiben.

Natürlich muss das Tempo erhöht werden, mit dem der Landkreis die mit der Prioritätenliste vereinbarten Investitionen durchführt und so auch den Kassenbestand abbaut.

Die Forderung aber, diese Mittel an die kreisangehörigen Kommunen auszukehren, läuft darauf hinaus, die Prioritätenliste sterben zu lassen und so ein Kernargument bei der Einführung der Doppik – die „Generationengerechtigkeit“ zu konterkarieren. Die Städte und Gemeinden würden dann in späteren Jahren für den heute in Abschreibungen dokumentierten Werteverzehr des Landkreises zu zahlen haben. Das ist möglich, entzieht aber der kommunalen Doppik ein weiteres zentrales Element ihrer Begründung.

Darüber hinaus bleibt anzumerken: Solange Ausgaben für wesentliche Aufgaben des Landkreises bei einem deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegenden Hebesatz der Kreisumlage mit dem Verweis auf ihre nicht gesicherte Finanzierbarkeit abgelehnt werden, ist solchen Begehrlichkeiten gerade mit Blick auf die wohl unstrittige Ausgleichfunktion des Landkreises kritisch zu begegnen.

Die kommunale Doppik ist auch im Landkreis Oder-Spree keine Erfolgsgeschichte, birgt aber noch immer erhebliche Konflikte.

Am 8. März habe ich an der Übergabe einer neuen Fahrbibliothek teilgenommen. Das ist ein professionell zur Bibliothek umgebauter Bus, der in Orten des Landkreises, die sich eine eigene Bibliothek nicht leisten können, ein qualifiziertes Angebot macht.

Es war schon eine Freude zu erleben, wie Kinder aus Neuzelle diese Fahrbibliothek in Besitz nahmen. Und am Rande kam da noch zur Sprache: Der gleiche Anbieter produziert nach diesem Prinzip auch mobile Arztpraxen. Das ist eine Lösung, über die es sich angesichts der immer prekärer werdenden ärztlichen Versorgung auf dem „flachen Lande“ zumindest nachzudenken lohnt. Aber auch das würde dann Geld kosten. Und über die Kreisumlage auch jenen Städten und Gemeinden, in denen es noch genügend Ärztinnen oder Ärzte gibt.

Tatsächlich hatte der Landkreis noch nie so viel Geld, wie im Jahr 2019. Davon werden viele nützliche Dinge bezahlt. Aber gerade weil der Landkreis in dieser Situation ist, hat die Linksfraktion beschlossen, bei der Verabschiedung des Kreishaushaltes die Mittel für eine beitragsfreie Schülerbeförderung über 12 Monate im Jahr und ohne Beschränkung auf den Schulweg einzufordern. Auch in den Ferien gibt es Angebote für die Kinder und es ist nicht einzu-sehen, warum das Schülerticket nicht für den Weg zu Sport, Erholung und Kultur und außerunterrichtlichen Bildungsangeboten genutzt werden darf.

Und schließlich: Wie im Jahre 2018 werden wir wieder den Antrag stellen, die Tafeln im Landkreis zu unterstützen. Denn den Menschen, die auf deren Leistungen angewiesen sind, helfen abstrakte Diskussionen über die angeblich in diesem Lande nicht vorhandene Armut nicht weiter.

Anmerkung:

Der Kreistag hat mit den Stimmen der noch immer funktionierenden Koalition aus SPD und CDU unsere Anträge zur Hilfe für die Tafeln im Landkreis und zur Verbesserung der kostenfreien Schülerbeförderung abgelehnt. Sozial geht anders. Die LINKE muss stärker werden, um diese unsoziale Koalition im Kreistag aufzubrechen.

eine zweite Auflage folgen ließen, in der auch die Fragen des Grenzregimes beleuchtet wurden.

2. Die Kommunalreform

Die Linksfraktion im Kreistag hat auf die Positionierung des Landkreises Oder-Spree zu dieser Reform nachhaltig Einfluss genommen. Auf unseren Antrag hat der Kreistag einen „zeitweiligen Ausschuss Kommunalreform“ gebildet. Dieser Ausschuss hat die für den Landkreis bedeutsamen Fragen gründlich beraten und zum Abschluss seiner Arbeit dem Kreistag eine Stellungnahme vorgelegt. Die wurde mit einer sehr großen Mehrheit auch beschlossen.

Die Kreisgebietsreform ist unter anderem daran gescheitert, dass ein erheblicher Teil der in den kreisfreien Städten nach Bundesrecht anfallenden überdurchschnittlichen Soziallasten ohne dauerhaften Ausgleich auf die Landkreise übergehen sollte. Solange auf Bundesebene hier keine Änderung erfolgt, ist das Land Brandenburg in seiner Gesamtheit zu einem Ausgleich gefordert. Wir werden daran mitwirken und auch die kommunale Zusammenarbeit mit Frankfurt (Oder) weiter entwickeln.

3. Kommunale Sozialpolitik

Der Kernbereich der kommunalen Sozialpolitik im Landkreis Oder-Spree ist schon unter fiskalischen Gesichtspunkten die Verwältung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Im Kreishaushalt für das Jahr 2019 betragen bei einem Haushaltsvolumen von 413 Mio. Euro die Aufwendungen für die „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (Hartz IV) 103 Mio. Euro. Das ist ein Viertel des gesamten Haushalts. Wichtiger aber noch ist, dass in unserem Landkreis davon mehr als 10 000 Menschen unmittelbar betroffen sind. Und da sind die in den sogenannten „Bedarfgemeinschaften“ lebenden Familienangehörigen noch nicht erfasst.

Es war, ist und bleibt ein Skandal, dass eine Mehrheit des Kreistages in dieser Frage schlicht Arbeitsverweigerung betreibt: Sie will sich damit nicht befassen, dafür soll es im Kreistag keine Zuständigkeit geben. Da ist sich die SPD/CDU-geführte Kreistagskoalition einig. (Nebenbei: Von Hartz-IV-Betroffene hätten für solches Verhalten scharfe Sanktionen zu erwarten. Die Arbeitsverweigerer im Kreis-

tag bekommen hingegen ihre ungekürzte Entschädigung).

Die Linksfraktion hat in diesem Bereich zwei Hauptaktivitäten entwickelt: Immer wenn grundsätzliche Fragen der Organisation der Kreistagsarbeit anstehen, wird die Frage der Zuständigkeit und der Arbeit des Kreistages thematisiert.

Da es keine Arbeitsgremien dafür gibt, brachten wir diese Fragen immer wieder im Plenum des Kreistages auf die Tagesordnung.

Und wenn es konkret wird, dann bringen wir im Kreistag entsprechende Anträge auch zur Sache ein. So haben wir im September 2014 beantragt, dass durch das Jobcenter/Amt für Grundsicherung unverzüglich ein Gutachten zur Ermittlung der tatsächlichen Kosten der Unterkunft im Landkreis in Auftrag gegeben und den gestiegenen Mietkosten entsprechende neue Werte für die anzuerkennenden Kosten der Unterkunft festgesetzt werden. Das war nicht mehr und nicht weniger als die Forderung nach Einhaltung des dafür geltenden Rechts.

Dieser Antrag wurde dennoch abgelehnt. Die Anpassung der Werte zog sich dann bis Mitte 2015 hin. In dieser Zeit stiegen im Landkreis die monatlich nicht anerkannten Kosten der Unterkunft pro durchschnittlicher Bedarfsgemeinschaft von 47,79 Euro (im September 2014) bis auf 51,33 Euro (im Juni 2015) weiter an. Nach langen Auseinandersetzungen reduzierten sich die nicht anerkannten monatlichen Kosten der Unterkunft pro Bedarfsgemeinschaft bis zum Ende des Jahres 2018 auf weniger als 6 Euro. Wir können wohl sagen, dass diese Entlastung der Betroffenen ohne die ständige Skandalisierung der damit verbundenen Probleme kaum erreicht worden wäre.

Das bleibt gerade angesichts der Beschlusslage im Kreistag eine ständige Aufgabe der Fraktion.

4. Daseinsvorsorge

Für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) haben uns hier in zwei Richtungen engagiert: Seine Finanzierung hängt gegenwärtig zu einem großen Teil am Schulbusverkehr. In der Fläche sind die Schülerzahlen aber weiter rückläufig. Es bedarf also neuer Lösungen, um ein vernünftiges Verkehrsangebot zu unterhalten. Dafür gab es Erprobungen neuer Formen. Die Fraktion hat die damit gesammelten Erfahrungen mit der Kreisver-

waltung beraten und ihre Anregungen eingebracht.

Aber auch den Streik in der Busverkehrsgesellschaft haben wir im Kreistag thematisiert. Seit der Privatisierung des Unternehmens ist der Landkreis dort nur noch Minderheitsgesellschafter.

Gerade deshalb haben wir vom Landrat eine Stellungnahme zu den Maßnahmen der Geschäftsleitung eingefordert, mit denen der Kampf der Beschäftigten für ihre Interessen untergraben werden sollte.

Heute ist allgemein anerkannt, dass die Kindertagesstätten wichtige Bildungseinrichtungen sind. Die Qualität der Betreuung und der Bildung in den KITAs hängt wesentlich von der Arbeit des dort tätigen qualifizierten Personals ab. Hier wirksam einzugreifen bedeutet auch für genügend Erzieherinnen und Erzieher sowie angemessene Entlohnung zu sorgen.

Das alles darf aber nicht zu zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Eltern führen.

Damit verbundene Probleme haben wir mit einer Anfrage an den Landrat auf die Tagesordnung gesetzt. Auch das war ein kleiner Baustein dafür, dass in Brandenburg die Frage einer beitragsfreien KITA mit der Einführung eines ersten beitragsfreien Jahres wieder stärker in den Blick der Politik gekommen ist.

Fazit:

Die Fraktion hat sich in der Wahlperiode mit einer Vielzahl von Problemen befasst. Einige ihrer Initiativen hatten unmittelbar Erfolg – von uns eingebrachte Beschlüsse wurden angenommen.

Das war aber nicht immer gleichbedeutend damit, dass diese Beschlüsse auch umgesetzt wurden. Da ist dann Beharrlichkeit angesagt. Andere Anträge wurden abgelehnt. Das bedeutet aber nicht, dass sie wirkungslos blieben. Manchmal ging es wohl um bloße Gesichtswahrung, wenn eine Beschlussfassung später mit einem anderen Absender erfolgte.

Insgesamt aber wurde deutlich: Wir machen linke Kommunalpolitik. Da gibt es Schlaglöcher nicht nur auf der linken oder auf der rechten Seite der Fahrbahn. In die Auseinandersetzung darüber, in welcher Reihenfolge sie behoben werden und wer die Rechnung zu bezahlen hat, bringen wir linke Positionen ein. Das erledigt nach wie vor nicht der Kollege Sachzwang.

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

■ Schlaubetal

DIE LINKE stellt sich neu auf



von
Harald Schwaeger,
Sprecher des Basis-
gruppe DIE LINKE
Schlaubetal, kan-
didiert am 26. Mai
für die Stadtverord-
netenversammlung
Müllrose;
Foto: DIE LINKE

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fühlen sich auch in unserer Region von den politisch Verantwortlichen nicht mehr vertreten, ja sogar abgehängt. Mitglieder der LINKEN aus verschiedenen Orten im Schlaubetal wollen dem aktiv entgegenreten und haben dazu am 27. März 2019 einen Amtsverband DIE LINKE Schlaubetal gegründet.

Harald Schwaeger, Sprecher der Gruppe: „Wir wollen vor allem erreichen, dass die Sorgen, Probleme, aber auch Wünsche und Ideen der Bürgerinnen und Bürger wieder mehr Gewicht bekommen und

bei den Entscheidungen in den politischen Gremien berücksichtigt werden. Dazu müssen die Bürger in die Lage versetzt werden, sich besser und einfacher über die Vorgänge in ihrer Kommune zu informieren und sich im Vorfeld einbringen zu können. In

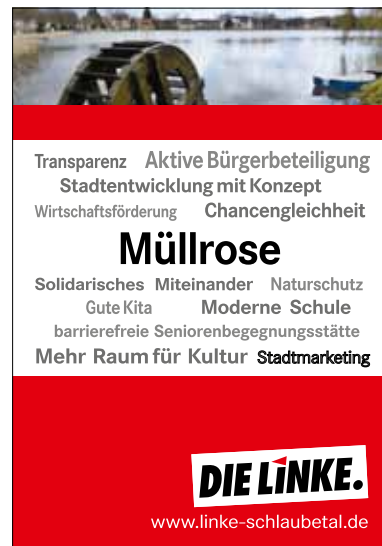
Müllrose müssen Entscheidungen der Stadtverordneten künftig zügiger erfolgen und umgesetzt werden. Erste Voraussetzung dafür ist das Stadtentwicklungskonzept, das mit höchster Priorität und unter Einbezug der Bürger erarbeitet werden muss. Bereits jetzt könnten sich dazu schon Arbeitsgruppen zusammen finden.“ Kerstin Labenz möchte gern bürgerschaftliches Engagement, z.B. Hilfsangebote und Zusammenarbeit zwischen Jugendlichen oder Familien und Senioren, noch besser organisieren. Eine Ehrenamtszentrale könnte die Partner zusammenbringen. Annekatriin Schwaeger liegt u.a. die Erweiterung der Angebote für junge Familien z.B. in einem Eltern-Kind-Zentrum sowie künftige bedarfsgerechte Anpassungen im Kita- und Schulbereich am Herzen. „Wir werden uns außerdem für ein neues, modernes Vereins- und Kulturhaus in Müllrose einsetzen, in dem endlich eine barrierefreie und ausreichend große Seniorenbegegnungsstätte, Räume für die Kulturvereine und ein Mehrzwecksaal für größere Veranstaltungen zur Verfügung stehen.“, sagt sie.

**2. Juni 2019 | 14 Uhr | Park
am Schützenhaus, Müllrose**

5. Kindertagsfest

DIE LINKE Schlaubetal lädt Kinder und Familien der Region ein.

- viele Mitmachaktionen • Auftritt des Tanzvereins Mixdorfer SchlaubeGetümmels • eine neue Geschichte vom Theater aus dem Koffer • Ponyreiten • Kinderschminken und vieles mehr



Kerstin Labenz, Harald und Annekatriin Schwaeger, Dr. Wolfgang Strübing (parteilos) und Detlef Krumm (parteilos) treten am 26. Mai 2019 als Kandidaten der LINKEN Schlaubetal für die Wahl der Stadtverordnetenversammlung in Müllrose an. Die neue Internetseite des Amtsverbandes www.linke-schlaubetal.de informiert u.a. zu den Kandidaten und zum Wahlprogramm.

■ Fürstenwalde

„Es ist Zeit für eine neue, eine verbindende Klassenpolitik!“



von
Stephan Wende,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
in der Stadtverord-
netenversammlung
Fürstenwalde und
Spitzenkandidat
der LINKEN für die
Stadtverordneten-
versammlung und
den Kreistag LOS im
Wahlkreis II

Mit diesem eindrücklichen Appell von Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN, endeten über zwei Stunden lebhaftes Debatte im Fürstenwalder Alten Rathaus.

DIE LINKE in Fürstenwalde hatte ihren Parteivorsitzenden eingeladen sein neues Buch „Neue Klassenpolitik – Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen“ vorzustellen und über seine Thesen zur neuen, weil in Solidarität verbindender Klassenpolitik, zu diskutieren.

„Ich hatte das Glück, mit mutigen Verkäuferinnen und Müllwerkern, mit Journalisten, Bankange-

sellten und Garderobenfrauen, mit Erzieher*innen und Pfleger*innen zu kämpfen.“ berichtete der in vielen Arbeitskämpfen in der Industrie gestandenen Gewerkschaftssekretär und heutige Parteivorsitzende. „Sie haben mich gelehrt, wie schnell Menschen zum Widerstand finden können, wie sehr Solidarität und Lebensfreude zusammengeht und wie schnell Sie die Verantwortung selber in die Hand nehmen, wenn die Führung von Streiks, Protesten und Widerstandsaktionen demokratisiert wird.“

Er lobte die Fürstenwalder LINKEN dafür, dass diese Baustein

für Baustein für „ein solidarisches Fürstenwalde umsetzt“. Dazu gehört unbedingt auch die Initiative „Fürstenwalde - ein sicherer Hafen für Geflüchtete“, so Riexinger.

Die Erstauflage seines 2018 erschienenen Buches war zügig vergriffen, warum „trifft das Thema den Nerv der Zeit?“ fragt Stephan Wende, der das Gespräch moderierte.

„Weil die Diskussion über Klassenpolitik extrem aktuell ist. Beispielsweise haben die beiden BMW-Erben Quandt und Klatten im vergangenen mehr als 1,1 Milliarden Euro Dividende erhalten

– mehr als 3 Mio. Euro pro Tag, ohne eigenes Zutun, nur durch Ausbeutung. Gleichzeitig haben 40 Prozent der Bevölkerung – Verkäuferinnen, Fliesenleger, Krankenpflegerinnen – heute weniger Einkommen als vor 20 Jahren. Ganz objektiv: Es herrscht Klassenkampf.“, so Riexinger und zitiert gleich noch den US-amerikanischen Immobilienmilliardär Warren Buffet der schon 2005 sagte, dass „Klassenkampf herrscht, und seine Klasse gewinnt!“

„Aber ist es heute noch zeitgemäß, von einer Arbeiterklasse zu sprechen?“ fragt Riexinger ins Publikum und gibt die Antwort in der Diskussion faktenreich gleich selbst. In Deutschland „ist die Klasse der Lohnabhängigen so groß wie noch nie, aber ihre Zusammensetzung hat sich im Laufe der Zeit stark gewandelt. Die Arbeiterklasse ist heutzutage weiblicher und migrantischer, sie ist deutlich häufiger im Dienstleistungsbereich und in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig. Leider ist sie auch gespalten, in Kernbelegschaften und Leiharbeitskräfte, in befristet und unbefristet Beschäftigte, aber auch in Frauen und Männer und in Deutsche und Migranten. Dieser Spaltung müssen wir eine

verbindende Klassenpolitik entgegenzusetzen.“ Diese, so Riexinger, „beschreibt einen Weg für einen linken Aufbruch. Es geht mir darum, den Konflikt zwischen ‚uns hier unten‘ und ‚denen da oben‘ wieder offensiv zu führen und als Gegenentwurf zum Modell der Rechten durchzusetzen, die Deutsche gegen Einwanderer aufhetzen. Es geht darum, dass Menschen mit unterschiedlichen Berufen und Biografien, prekär und nicht prekär Beschäftigte, Menschen unterschiedlicher Herkunft und Hautfarbe gemeinsame Interessen und gemeinsame Gegner erkennen. Dann können wir zusammen politische Auseinandersetzungen führen und gewinnen.“

Dabei wird es die zentrale Aufgabe der Partei DIE LINKE sein, dabei zu helfen, Auseinandersetzungen und Forderungen zu finden, die diese Spaltung überwinden. „Wir müssen die Kämpfe unterstützen, in denen die Menschen lernen, zusammen für eine Sache einzutreten.“ so sein Appell an die Zuhörerinnen und Zuhörer. Dazu gehören „unsere Bemühungen, die Arbeitswelt wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen: mit höheren Löhnen und unbefristeten Verträgen, mit mehr Mitbestimmung und



Bernd Riexinger ist seit 2012 Vorsitzender der Partei DIE LINKE. Zuvor war er jahrelang Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart und gehörte 2013 zu den Initiatoren der Proteste gegen Hartz IV.

Foto: www.bernd-riexinger.de/buch-neue-klassenpolitik

Wochenarbeitszeiten, die zum Leben passen. Wir müssen aber diese Fragen von Lohn und Kapital verbinden mit den Problemen der Reproduktion, also den gesamten Menschen in den Blick nehmen. Das betrifft den Wunsch nach hochwertigen Kitas und Schulen, nach zuverlässigem Transport mit Bus und Bahn, nach guten Krankenhäusern und günstigen Mietwohnungen.“ erläutert Riexinger, der als Bundestagsabgeordneter auch gleich die parlamentarischen Initiativen der Bundestagsfraktion der LINKEN dem Publikum vorstellte.

Bernd Riexinger:
 Neue Klassenpolitik
 – Solidarität der
 Vielen statt Herr-
 schaft der Wenigen,
 VSA: Verlag,
 160 Seiten,
 14,80 Euro, ISBN
 978-3-89965-827-9

Aus den kommunalen Fraktionen der LINKEN

■ Schöneiche bei Berlin

Beitragsfreier Sandstraßenausbau nach Bernauer Vorbild?

Die Schöneicher Gemeindevertretung hat 21. März 2019 einen Antrag der Fraktion DIE LINKE beschlossen und den Bürgermeister beauftragt, das „Bernauer Modell“ für den Sandstraßenausbau für Schöneiche zu erschließen. Dafür gab es eine deutliche Mehrheit von zwölf Ja-Stimmen. Nur Bürgermeister Ralf Steinbrück (SPD) stimmte dagegen. Es gab zwei Enthaltungen aus den Reihen von SPD und NEUEM FORUM.

„Erweiterte Instandhaltung“ statt grundhaftem Ausbau

Wie das von der Stadt Bernau entwickelte Modell funktioniert, erläuterte der dortige Bürgermeis-

ter André Stahl (DIE LINKE) im Januar bei einer gut besuchten Veranstaltung der Schöneicher Linksfraktion in der Kulturgießerei. Statt eines grundhaften, normgerechten Ausbaus – wie er bisher in Schöneiche durchgeführt wird – findet in Bernau eine „erweiterte Instandhaltung“ statt. Dabei wird eine Asphaltdecke auf den befestigten Schotteruntergrund aufgebracht.

Der Charme dieser Alternative besteht darin, dass er sowohl für Anlieger*innen als auch für die Gemeinde günstiger ist als ein grundhafter Ausbau. Bürgermeister Stahl berichtete von Baukosten von rund 120 Euro statt mehr als 1 000 Euro pro laufendem Meter. Zudem gilt

die „erweiterte Instandhaltung“ nicht als Erschließungsmaßnahme im Sinne des Baugesetzbuches (BauGB). Den Anlieger*innen werden deshalb keine Beiträge in Rechnung gestellt. Sie müssen lediglich die Kosten für ihre Grundstückszufahrten übernehmen.

Streit um Höhe der Erschließungsbeiträge

Diese Erschließungsbeiträge sorgen derzeit für politischen Wirbel. Anfang April demonstrierten rund 300 Menschen vor dem Rathaus gegen die Abgabe. Ihre Höhe wird von der Gemeinde in der Erschließungsbeitragssatzung festgelegt. Derzeit müssen die Anlieger*innen

von
 Fritz R. Viertel,
 Vorsitzender
 DIE LINKE Schön-
 eiche bei Berlin



André Stahl, Foto: DIE LINKE

in Schöneiche 90 Prozent der Gesamtkosten des grundhaften Sandstraßenausbaus bezahlen. Das entspricht auf der anderen Seite dem Mindestanteil, der von den Kommunen gemäß § 129 Absatz 1 Satz 2 BauGB zu tragen ist.

Ob die Erschließungsbeiträge gesenkt werden sollen, wird derzeit – auch mit Blick auf die Kommunalwahlen im Mai – kontrovers diskutiert. DIE LINKE spricht sich für eine Senkung der Beiträge aus. Ein entsprechender Antrag der Linksfraktion wurde in der Gemeindevertretung im März 2018 abgelehnt (5 Ja, 12 Nein, 2 Enthaltungen).

Straßenbau- versus Erschließungsbeiträge

Diese Erschließungsbeiträge sind nicht mit den Straßenbaubeiträgen zu verwechseln! Denn die Straßenbaubeiträge sind im Landesrecht verankert. Und die rot-rote Brandenburger Landesregierung will sie bis zum Sommer durch eine Änderung von § 8 Absatz 1 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) abschaffen. Davon würden in Schöneiche die Anlieger*innen etwa des Kiefernhamms oder der Brandenburgischen Straße profitieren, wo derzeit die Bestandsstraßen erneuert werden. Die Bewohner*innen von Sandstraßen betrifft das nicht, weil die Erschließungsbeiträge eben nach BauGB (Bundesrecht) erhoben werden (müssen).

DIE LINKE erwartet konkreten Vorschlag

Nach dem nun von der Gemeindevertretung beschlossenen Antrag erwartet DIE LINKE, dass der Bürgermeister einen konkreten Vorschlag erarbeitet, wie das „Bernauer Modell“ in Schöneiche eingesetzt werden kann. „Es ist offenkundig, dass der Umgang mit Sandstraßen bürgerfreundlicher sein kann als in Schöneiche“, sagte Gemeindevertreter Dr. Artur Pech (DIE LINKE) gegenüber der „Märkischen Oderzeitung“. Und mit Blick auf das große Interesse der Einwohnerschaft an dem Thema: „Es liegt Druck auf diesem Problem. Wir sollten deutlich machen, dass wir mit allen Mitteln daran arbeiten.“



von Fritz R. Viertel, Spitzenkandidat der Partei DIE LINKE zur Wahl der Gemeindevertretung Schöneiche bei Berlin, Straßenbahnfahrer bei der Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn und Kandidat für den Landesvorsitz des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) in Brandenburg.

Wollen wir die Verkehrswende?

Mitte März, in der vorletzten Sitzung der Schöneicher Gemeindevertretung vor der Kommunalwahl am 26. Mai 2019, war die Verkehrspolitik das bestimmende Thema. 10 der 14 Anträge und Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung hatten damit zu tun. Das zeigt bereits: Das Thema ist hochaktuell. Und hat das Zeug, eine bestimmende Streitfrage im Wahlkampf zu werden.

Breiter Konsens: Mehr tun für den Umweltverbund

Bereits zu Jahresbeginn sorgte ein Antrag der Fraktionen DIE LINKE und NEUES FORUM/GRÜNE/Freiwillige Feuerwehr für einen weiteren Radweg zum S-Bahnhof Rahnsdorf für rege Diskussionen. Am Ende wurde er mit deutlicher Mehrheit beschlossen (10 Ja, 4 Nein, 4 Enthaltungen). Ähnlich erging es dem Maßnahmenpaket der Verwaltung für besseren Radverkehr und dem 10-Minuten-Takt der Straßenbahn im Berufsverkehr.

Es sind sich in Schöneiche fast alle Parteien und politischen Vereinigungen darüber einig, dass in der Verkehrspolitik mehr getan werden muss – besonders für den sogenannten Umweltverbund aus Bus und Bahn, Rad- und Fußverkehr. So weit, so gut. Interessant wird es, wenn es ans Eingemachte geht.

Weshalb brauchen wir eine Verkehrswende?

Denn eine soziale und ökologische Verkehrswende ist mehr als

ein bisschen mehr öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) hier und ein bisschen mehr Radverkehr dort. Bei der Verkehrswende geht es um drei globale Ziele.

1. Die Begrenzung der Klimazerstörung und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen: Im Gegensatz zu Industrie, Energie und Landwirtschaft konnten die CO₂-Emissionen im Verkehr bisher nicht reduziert werden. Im Gegenteil: Sie steigen. In Schöneiche stammt ein Drittel der CO₂-Emissionen aus dem Verkehrsbereich. Mehr als im Bundesdurchschnitt.
2. Der Schutz unserer Gesundheit: Der Verkehr schadet uns nicht nur auf dem Umweg über Klimakatastrophen. Lärm und Luftverschmutzung an stark befahrenen Straßen verursachen Erkrankungen. Jedes Jahr sterben tausende Menschen durch Verkehrsunfälle.
3. Soziale Gerechtigkeit: Von unserem derzeitigen Verkehrssystem profitieren (mal wieder) zuvorderst Menschen mit hohem Einkommen. Mit vielen besonders großen und dreckigen Autos sowie häufigeren und weiteren Flugreisen tragen sie überdurchschnittlich zu den negativen Auswirkungen des Verkehrs bei. Ärmere Menschen hingegen können sich oft kein eigenes Auto leisten. Zugleich sind sie Abgasen und Unfällen stärker ausgesetzt, weil sie öfter zu Fuß

gehen und an vielbefahrenen Straßen wohnen. Oder sie leben im globalen Süden und müssen die Folgen der Klima- und Naturzerstörung sprichwörtlich „ausbaden“.

Ein anderer Verkehrsmix ist nötig

Damit sich das ändert, müssen wir in Zukunft anders mobil sein als heute. Unerlässlich ist ein anderer Verkehrsmix („Modal Split“), bei dem mehr Wege mit dem Umweltverbund zurückgelegt werden und weniger mit dem privaten Pkw. Spätestens an diesem Punkt enden die parteiübergreifenden Gemeinsamkeiten. Denn allein das Nachdenken über weniger Autoverkehr ist für manche offenbar ökosozialistisches Teufelszeug. Dabei geht es nicht um Fahrverbote oder dergleichen, sondern um andere Schwerpunkte in der Ortsentwicklung und Verkehrsplanung.

Faire Flächenverteilung zwischen den Verkehrsformen

Denn wer A sagt, muss auch B sagen. Wer beim Umweltverbund wirklich weiterkommen und nicht nur Kosmetik betreiben will, muss Fragen über Zielkonflikte beantworten. Zum Beispiel: Sichere und attraktive Rad- und Gehwege brauchen Platz. Der ist auf innerörtlichen Straßenflächen begrenzt. Woher ihn also nehmen? Eine faire Flächenverteilung zwischen den Verkehrsformen funktioniert nur, wenn der Autoverkehr zu Gunsten

des Umweltverbunds Platz abgibt. In Schöneiche etwa in der Rahnsdorfer Straße oder im Bunzelweg.

Anders planen, Prioritäten verschieben

Weiter geht es beim Planen. Viele der Maßnahmen, die von der Verwaltung im Maßnahmenpaket für besseren Radverkehr vorgeschlagen werden, sollen erst im Zusammenhang mit Straßenbau umgesetzt werden. Wer wirklich vorankommen will, muss hier aber klare Prioritäten setzen. Das heißt: Radwegbau auch unabhängig von der (Auto-) Fahrbahn umsetzen. Das geht Hand in Hand mit einem anderen Planungsansatz. Zuerst sollten die Bedürfnisse der schwächeren Verkehrsteilnehmenden – nämlich Radfahrende und Fußgänger*innen – dann die des Autoverkehrs berücksichtigt werden. Und vielleicht braucht es auch nicht immer eine Maximalausbauvariante, sondern finden sich technisch einfachere Lösungen.

Groß und langfristig denken

Schließlich werden wir eine soziale und ökologische Verkehrswende nur hinbekommen, wenn wir über kurzfristige Maßnahmen und die Gemeindegrenzen hinausden-

ken. Dazu gehören anspruchsvolle Projekte wie eine Erweiterung unserer Straßenbahnlinie. Genauso wie Pilotprojekte zum Beispiel für ein Carsharing- und E-Bikesharing-Angebot, eine kostenlose Ausleihmöglichkeit für Lastenfahrräder oder ein Bürgerticket. Der Schlüssel für derlei Innovationen ist der Mut, zu experimentieren. Auch gemeinsam mit den Nachbargemeinden.

Investitionen in mehr Lebensqualität

Das ist keineswegs gratis zu haben. Wer mehr Bus und Tram will, darf nicht dabei stehen bleiben, auf den Landkreis zu verweisen. Schöneiche wird dafür selbst Geld ausgeben müssen. Wollen wir perspektivisch nicht doppelt bezahlen (über die Kreisumlage und Eigenmittel), sollten wir mit anderen Gemeinden im Berliner Umland darüber diskutieren, den regionalen ÖPNV vollständig in die eigenen Hände zu nehmen (wie durch § 3 Absatz 3 a des Brandenburgischen ÖPNV-Gesetzes möglich), etwa mit einem gemeinsamen Zweckverband (wie bei der Wasserversorgung).

Rechnet man ehrlich, ist festzustellen, dass der Autoverkehr die Kommunen heute das Dreifache kostet, was für den Umweltverbund



Zeichnung: Klaus Stüttmann

ausgegeben wird. Es geht also in erster Linie um eine faire und sinnvolle Verteilung der Verkehrsausgaben nach sozialen und ökologischen Maßgaben.

Letztlich müssen wir uns eines bewusst machen: Mehr Umweltverbund und weniger individueller Autoverkehr lohnt sich. Sauberer, sicherer und günstiger Verkehr kommt uns allen zu Gute – durch bessere Mobilität und eine höhere Lebensqualität. Ob und wie wir dieses Ziel erreichen (wollen), ist politisch auszuhandeln. Deshalb ist eine intensive verkehrspolitische Diskussion vor den anstehenden Wahlen absolut begrüßenswert!

DOKUMENTIERT

Scientists for Future: Abrüstung für Klimaschutz – Frieden und Zukunftsfähigkeit gehören zusammen

Erklärung der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“

Seit Wochen demonstrieren und streiken weltweit hunderttausende junger Menschen für ihre Zukunft, den Klimaschutz und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Dieses Anliegen der Initiative Fridays for Future unterstützen inzwischen mehr 14 000 WissenschaftlerInnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. In der Stellungnahme von Scientists for Future erklären sie: „Nur wenn wir rasch und konsequent handeln, können wir die Erderwärmung begrenzen, das Massenaussterben von Tier- und Pflanzenarten aufhalten, die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren und eine lebenswerte Zukunft für derzeit lebende und kommende Generationen gewinnen.“

Die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähig-

keit“ schließt sich diesen berechtigten Forderungen an. Diese sind umso dringlicher, als die Zukunftsfähigkeit unseres Planeten zunehmend mit der Frage von Krieg und Frieden verbunden ist. Die Zerstörung der Umwelt und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen unseres Planeten gefährden den Frieden und werden einem Sicherheitsrisiko, besonders für Menschen in verwundbaren und fragilen Risikozonen. So sieht auch die Scientists for Future-Erklärung die Gefahr, dass durch unzureichenden Schutz der Böden, Ozeane, Süßwasserressourcen und Artenvielfalt – bei gleichzeitiger Erderwärmung als „Risikovervielfacher“ – „Trinkwasser- und Nahrungsmittelknappheit in vielen Ländern soziale und militärische Konflikte auslösen oder verschärfen und zur Migration größerer Bevöl-

kerungsgruppen beitragen.“ Bei Überschreiten klimatischer Kippunkte des Erdsystems werden sich selbst verstärkende Prozesse in Gang gesetzt, mit weltweit katastrophalen Folgen.

Solche Umweltrisiken verbinden sich auf komplexe Weise mit anderen Krisenerscheinungen, von Armut, Hunger und Flucht über Globalisierung und Technikabhängigkeit, Nationalismus und Rechtsentwicklung bis zu Gewaltkonflikten und neuer Aufrüstung. Diese Entwicklungen sind brandgefährlich und untergraben die Grundlagen für Frieden und nachhaltige Entwicklung. So wie Umweltzerstörung den Frieden gefährdet, so stehen Gewalt und Krieg einer nachhaltigen Entwicklung im Wege. Ein nuklearer Winter durch einen Atomkrieg wäre nicht nur das Ende der menschlichen Zivilisati-

on, sondern auch eine Bedrohung für das Leben auf der Erde.

Dem negativen Teufelskreis muss eine positive Verbindung von Nachhaltigkeit, Entwicklung und Frieden entgegengesetzt werden. Dazu braucht es präventive und kooperative Governance-Strukturen und Institutionen zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden, die Klimarisiken vermeiden und Krisenursachen angehen, durch Verteilungsgerechtigkeit, Transformation von der fossilen zu einer nachhaltigen und kohlenstoffarmen Energieversorgung sowie eine friedliche Konfliktlösung und Abrüstung.

Um die notwendigen Veränderungen zu finanzieren und zu realisieren, muss der gefährliche und kostspielige Aufrüstungskurs beendet werden. Klimaschutz braucht Abrüstung!

10 Jahre SODI-Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS

Unsere Hilfe den Geschädigten der Tschernobyl-Katastrophe in Belarus

Der Solidaritätsdienst International e.V. (SODI), Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS, feierte am 6. März 2019 in Frankfurt (Oder) den 10. Geburtstag im Ratskeller der Stadt. Die „Oderhähne“ zeigten ihr Programm „Friede – Freude – Eierphone“. Einführend in den lebendigen Nachmittag sprach Hagen Weinberg zu den geladenen SODI-Aktiven, die entlang der Oder und im LOS beheimatet sind:

Ich darf alle anwesenden Gäste im Namen der Mitglieder der SODI Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS sehr herzlich im Unterhaus der Stadt Frankfurt (Oder), dem Domizil der ‚Oderhähne‘, willkommen heißen.

Es ist schön, dass Sie unsere Einladung angenommen haben. Wir freuen uns sehr, dass der Vorsitzende unseres Vereins, Dr. Rolf Sukowski, mit einer Abordnung der Leitung des Solidaritätsdienst International e.V. unter den Gästen weilt. Ich sehe das als Anerkennung und Wertschätzung des Wirkens aller heute hier Anwesenden.

Liebe Geburtstagsgäste, zehn Jahre sind eine geringe Zeitspanne, setzt man

die Zerfallzeiten für die radioaktiven Stoffe, die mit den Atombombenabwürfen von Hiroshima und Nagasaki, die mit den Gaus von Tschernobyl und Fukushima freigesetzt wurden, damit ins Verhältnis. Diese radioaktiven Stoffe, übrigens auch die von der in den aktuellen kriegerischen Auseinandersetzungen eingesetzten Uranmunition, werden noch Jahrhunderte Schädigungen am Menschen herbeiführen.

Diese 10 Jahre aktives Wirken ‚Wider das Vergessen‘, liebe Geburtstagsgäste, zeigen auch, dass sich Menschen Gedanken machen und sich nachhaltig dafür einsetzen, dass unsere Erde für uns und kommende Generationen lebenswert bleiben kann. Wir haben nur diese eine Erde!

Unserer SODI-Gruppe ist es heute ein großes Bedürfnis, Ihnen, die uns nachhaltig zur Seite gestanden haben bzw. denen, die uns zur Seite stehen, zum 10-jährigen Bestehen der Gruppe ein Danke auszusprechen. Sie stärken uns schon sehr unser Rückgrat. Mit Ihrer Unterstützung wird nicht nur Solidarität vor Ort in der Tschernobylzone geübt! Gleichzeitig stehen wir gemeinsam an der Seite der Friedensaktivisten und der vielen jungen Menschen, die sich der Initiative des schwedischen Mädchens, Greta Thunberg, ‚Freitags für die Zukunft‘, angeschlossen haben. ‚Das ist unsere Erde, hier leben wir!‘

Liebe Geburtstagsgäste, gestattet mir kurz einige statistische Fakten zu benennen. Fünf SODI-Gruppen agieren entlang der Oder gemeinsam für die Projekte in der am meisten verstrahlten Zone nach der Tschernobyl-Katastrophe von 1986 in Belarus. Über 8000 Kinder wurden mit den Spendenmitteln drei Wochen in Ferienlagern, die sich in nichtverstrahlten Gebieten befinden, mit unverstrahlten Nahrungsmitteln versorgt und konnten in gesunder Luft genesen. Das Kinderheim Belapci, in dem durch Verstrahlung an genetischen Defekten leidende, behinderte Kinder leben, würde ohne unsere solidarische Unterstützung nicht existieren können. In den 10 Jahren hat die Hilfe der Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS, dank Ihrer zuverlässigen Beteiligung, Ihrer nachhaltigen Unterstützung, unserem Partner BELRAD in Minsk ermöglicht, mehr als 10000 Menschen, vor allem Kindern, Hilfe für ein gesünderes Leben zu geben. Die Kinder befinden sich noch im Wachstum. Ihre Körper lagern giftige Nukleide schnell-

er ein als Erwachsene. Mit den Spendengeldern wurden zwei Fahrzeuge, die sich für radioaktive Messungen eignen, finanziert und von BELRAD mit der erforderlichen Technik ausgerüstet, um in der betroffenen Zone, vor Ort die erforderlichen Messungen zur Einleitung von Therapien vorzunehmen (das ist Hilfe zur Selbsthilfe) ...

Da ist der unvergessliche Expresseinsatz von André Schwarz, der das erste Auto ohne Zusatzkosten zwischen Weihnachten und Silvester nach Minsk fuhr ... Mehr als 50 Kinder, die an überhöhten Werten der radioaktiven Stoffe in ihren Körpern leiden, wurden mit den von Ihnen, so auch von Frau Dr. Jutta Hecht, Frankfurt (Oder), aus bereitgestellten Spendenmitteln im Sanatorium Nadesbda gekurt und gesünder nach Hause geschickt. Eine Kur im Nadesbda kostet 350 €. Die von unseren Spendengeldern finanzierten ambulanten Pektinkuren sicherten und sichern den Kindern in Sokolowka und jetzt an der kombinierten Kindergarten – Schuleinrichtung in Otwerschtschi eine gesündere, damit lebenswertere Zukunft. Verantwortungsbewusste Lehrer und Arbeitsgemeinschaften an Schulen in der verstrahlten Zone leisten mit unserer finanziellen Hilfe, vor allem der von den Schülern der AG Patenschaft in Eisenhüttenstadt, auf der Grundlage ihrer eigenen Forschungstätigkeit und mit Unterstützung von BELRAD, eine große Aufklärungsarbeit. So wie es die SODI-Gruppen auch hier mit ihrem Auftreten zu vielen Jahrestagen und wieder zur Tschernobyl-Woche vom 10. bis 18. März 2019 halten.

Vier Dinge möchte ich noch ansprechen, die nicht unbedeutend auf unsere nachhaltige Arbeit einwirken und durchaus nicht selbstverständlich sind.

An erster Stelle sind es immer wieder die vielen persönlichen Begegnungen mit Menschen – auch mit Ihnen – und die persönlichen Gespräche, die einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass wir Menschen uns als Bestandteil der Natur begreifen und für deren Erhalt aktiv werden, was wiederum das gemeinsame Eintreten für Frieden und soziale Gerechtigkeit als Grundvoraussetzung in den Mittelpunkt rückt. Wir SODI-Mitglieder und -Aktivisten haben gute Partner an der Seite. Sie alle hier gehören dazu! Einige Namen möchte ich wegen ihrer Vorbildwirkung



Mosaik von Walter Womacka an der Hauswand des ehemaligen Textilkaufhauses in der Eisenhüttenstädter Lindenallee

heute doch aussprechen. Da sind Renate und Peter Herzfeld, aus Glienicke die sich nun bereits 23 Jahre an der Hilfe für die Tschernobylkinder in Weißrussland beteiligen, da ist Reinhard Schülzke mit dem Friedensnetz Frankfurt (Oder), das Friedenshaus ‚Denkmal‘ in Eisenhüttenstadt, die Veranstaltung zum 30. Jahrestag im Dom zu Fürstenwalde mit Pfarrer Hemmerling, und da sind alle Mitstreiter*innen der Gruppen zu den Tschernobyl-/Fukushima-wochen. Ich könnte zu vielen hier Anwesenden etwas sagen, das ist aber nicht das Anliegen des heutigen Hierseins.

Zum Zweiten sind es die ReisetTeilnehmer*innen zu den Projektreisen nach Belarus und die persönlichen Begegnungen mit den betroffenen Kindern in der verstrahlten Zone. Diese jährlichen Reisen waren und sind auch immer besondere Reisen. Bildungs-, Begegnungs- und Erlebnisreisen. Auch in diesem Jahr vom 10. bis 23. Juli wird es wieder so sein.

Gleichzeitig haben wir bei den Reisen, durch die Teilnehmer*innen bezeugt, immer die Spendengelder persönlich 1:1 vor Ort übergeben. Un-

vergesslich die Begegnungen mit Professor Nesterenko und immer wieder mit den betroffenen Kindern vor Ort. Die Blicke in die Augen der betroffenen Kinder, auch ihrer Eltern, sind immer mit der Frage von denen verbunden – bleibt Ihr an unserer Seite, kommt ihr wieder? ReisetTeilnehmer*innen sind treue Mitwirkende für die Projekte. Viele haben eine Patenschaft und Barbara Sens aus Guben wirkt nun schon 10 Jahre mit ihrer Radwandergruppe und dem Wein-Verein Grano für viele Patenkinde.

Keine Selbstverständlichkeit ist auch die Zusammenarbeit mit jungen Menschen, durch Jugendliche gewünscht, an unsere SODI-Gruppen herangetragen. Für unsere Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS ist es die Zusammenarbeit mit der AG Patenschaft an der Grundschule 3 in Eisenhüttenstadt, die nun bereits 10 Jahre anhält. Inzwischen ist aus dieser Zusammenarbeit eine freundschaftliche Verbindungen mit jungen weißrussischen Jugendlichen vom Gymnasium Nr. 4 in Witebsk entstanden. Ein wichtiger, friedenserhaltender Beitrag, vor allem für die Zukunft mit und zwischen Jugendlichen zweier Völker.

Dank den Mitgliedern der AG, den Pädagogen Frau Stelzner, Herrn Prens-gemann, Herrn Skaznik und den Eltern der Jugendlichen.

Zum Vierten ist es das Zusammenwirken mit Seniorenverbänden und der Volkssolidarität. Gerade letztere haben ein tolles Motto ‚Miteinander-Füreinander‘ und dieses wird sehr vorbildlich, von Mitgliedern der Ortsgruppen des Kreisverbandes Frankfurt (Oder), mit solidarischem Handeln auch für betroffene Kinder in der Tschernobylzone mit Leben erfüllt.

Jeder heute hier Anwesende hat mit seiner langjährigen Spendentreue einen nachhaltigen Anteil an der 10-jährigen erfolgreichen Tätigkeit unserer SODI-Gruppe, nur deshalb konnten wir in den 10 Jahren erfolgreich wirken. Dafür können wir nur immer wieder danke sagen ...

Der Nachmittag soll uns anregen, mit unseren Kindern, Enkeln und Ur-enkeln gemeinsam die Zukunft anzugeben. Damit erfüllen wir dann auch ein Vermächtnis unserer verstorbenen Mitstreiter*innen Helga Böhnisch, Maria Meinel und Konrad Hannemann.“

DOKUMENTIERT

70 Jahre NATO – 70 Jahre zu viel

Im Wortlaut: Alexander S. Neu, Mitglied des Bundestages, am 3. April 2019 auf den „No to Nato“-Protesten in Washington, USA

Die NATO ist nicht nur veraltet, sondern auch ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die Welt, das sie ihre militärische Kraft einzig und allein zur Wahrung ihrer eigenen imperialen Interessen einsetzt. Dabei wird systematisch geltendes Recht gebrochen, die UNO diskreditiert und Konflikte werden bis zur militärischen Eskalation geschürt. Der 70. Geburtstag der NATO ist daher kein Grund zum Feiern, sondern eher ein Anlass, der endlich zum Umdenken führen sollte, bevor es zu spät ist.

Die NATO ist das mächtigste und am schwersten bewaffnete Militärbündnis der Welt. Auf ihre Mitgliedstaaten entfallen weit mehr als die Hälfte der weltweiten Militärausgaben, im Jahr 2018 waren dies über eine Billion US Dollar. Eine weitere Aufrüstung auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts eines jeden Mitgliedstaates ist geplant. Dies würde allein für Deutschland Militärausgaben von über 80 Milliarden Euro im Jahr bedeuten. Schaut man sich die Militärhaushalte sowie die Ausstattung der

Streitkräfte von Russland oder China an – gegen die ja aufgerüstet wird – ist das völlig unverhältnismäßig und maßlos überzogen.

Gerade in den letzten 20 Jahren hat die NATO – beginnend mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien oder dem mittlerweile fast ebenso lange andauernden Krieg in Afghanistan sowie bei zahlreichen weiteren Auslandseinsätzen, die zahllose Opfer forderten, ihr wahres Gesicht gezeigt. Es geht immer wieder einzig und allein um Machterhalt und Ressourcensicherung. Imperialistisches Konkurrenzdenken und die Angst, ökonomisch und ideologisch die Vormachtstellung zu verlieren, treiben die NATO hin zu immer mehr Aufrüstung und Konfrontation. Dieses Muster muss endlich durchbrochen werden.

Wir fordern daher den Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen der NATO und als zweiten Schritt die Auflösung der NATO und Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss von Russland, welches Abrüstung als zentrales Ziel benennt. Nur wenn wir die

Aufrüstungsspirale endlich überwinden, können wir dauerhaften Frieden in Europa und der Welt erreichen. Die so frei werdenden finanziellen Mittel benötigen wir ohnehin viel dringender zur Eindämmung des Klimawandels dessen Folgen.



Trump-Putin-Kartikatur von Arno Funke/Diether Dehm, Quelle: DIE LINKE im Bundestag

Veranstaltungstermine der LINKEN

- **10.5., 16 Uhr, Eisenhüttenstadt, Lindenallee 30 (Rotes Café)**
Rote Runde: Ist Europa ein linkes Herzensprojekt?
Diskussion zur Europawahl am 26. Mai mit den Landtagsabgeordneten Mario Büchel und Matthias Loehr (Fraktion DIE LINKE)
- **24.5., 17.30 Uhr, Erkner, Fichtenauer Weg 44 (GefAS, Saal)**
60 Jahre kubanische Revolution, Diskussion mit Aktivisten der AG Cuba Sí
- **1.6., 14–17 Uhr, Eisenhüttenstadt, auf der Insel**
Kindertagsfest der LINKEN mit den Kräuterhexen im Hexenhaus, viele Überraschungen, Verpflegung
- **2.6., 14 Uhr, Müllrose, Park am Schützenhaus**
5. Kindertagsfest der DIE LINKE Schlaubetal mit vielen Mitmachaktionen, Auftritt des Tanzvereins Mixdorfer SchlaubeGetümmels, eine neue Geschichte vom Theater aus dem Koffer, Ponyreiten, Kinder schminken und vieles mehr

Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, erklärt:

Bundesregierung muss Julian Assange Asyl anbieten

Die Bundesregierung muss alles dafür tun, zu verhindern, dass das EU-Mitglied Großbritannien Julian Assange an die USA ausliefert, wo ihm wegen der Enthüllung von US-Kriegsverbrechen eine lebenslange Haftstrafe oder sogar die Todesstrafe droht. Angela Merkel muss Julian Assange jetzt in Deutschland politisches Asyl anbieten. Es ist unerträglich, dass Assange in größter Gefahr ist, auch weil die Bundesregierung es versäumt hat, sich in der Vergangenheit und trotz der drohenden Verhaftung für ihn einzusetzen. Die Rücknahme des politischen Asyls für Julian Assange durch die Regierung Ecuadors

und die Verhaftung des Wikileaks-Gründers durch die britische Polizei ist eine Schande und ein klarer Verstoß gegen internationales Recht. Die Regierung von Ecuador hat gegen die auch von UN-Vertretern mehrfach betonte Verpflichtung verstoßen, Julian Assange als politisch Verfolgten zu schützen. Die Festnahme des Publizisten Julian Assange ist zugleich ein schwerer Schlag gegen unabhängigen Journalismus, der weitreichende Folgen haben wird.

Wann kommt der Sozialismus? Was linke Politik bewegen kann. Vor Ort und in Europa.

Podiumsdiskussion mit Thomas Nord und Fritz Viertel.
Moderation: Franziska Schneider

21. Mai, 19 Uhr, Schöneiche, An der Reihe 1 (Raufutterspeicher)

Viele Wahlberechtigte wissen wenige Tage vor den Europa- und Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 noch nicht, für wen sie stimmen werden. Oder ob sie überhaupt zur Wahl gehen. Viele glauben, Politik könne oder wolle sowieso nichts verändern. Da machen die LINKEN auch keinen Unterschied. Das mit dem Sozialismus ist vielleicht eine gute Idee, aber umsetzen können sie die nicht ... Stimmt das? Was kann linke Politik bewegen – vor Ort und in Europa? Das wollen der Bundestagsabgeordnete **Thomas Nord** – Mitglied im Europa-Ausschuss – und der Spitzenkandidat für die Schöneicher Gemeindevertretung, **Fritz Viertel**, mit Ihnen diskutieren. Es moderiert die Landtagskandidatin **Franziska Schneider**.



Die LINKEN Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen, Zaklin Nastic und Gesine Lötzsch (v.l.) auf der Free-Assange-Demo am 12. 4. in Berlin an der britische Botschaft, Foto: Olaf-Krostitz/DIE LINKE

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 14. 5., 26. 5., 4. 6. genaue Zeitpunkte und Orte bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im Mai/Juni 2019

- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 9. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 9. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- UAG3: Gewährleistung und Optimierung der Grundversorgung 6. 6., 16.00 Uhr, genauen Ort bitte in der Kreisverwaltung erfragen

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

25. 6., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle

Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24

E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung

Kasse: Di. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow

Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02

E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de

geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt

Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51

E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de

geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,
Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2 500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE221705503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Jetzt Briefwahl beantragen



Was ist Briefwahl und wie funktioniert das?

Bei der Briefwahl bekommen Wahlberechtigte den Stimmzettel per Post nach Hause geschickt, füllen ihn dort aus und schicken ihn anschließend per Post an das Wahlamt zurück.

Wie kann ich die Briefwahl beantragen?

Jeder Wahlberechtigte erhält per Post eine Wahlbenachrichtigungskarte an seinen Hauptwohnsitz geschickt. Auf der Rückseite ist ein Briefwahantrag aufgedruckt. Einfach ausfüllen und zurückschicken. Beim Antrag auf Briefwahl muss man keinen Grund angeben.

In einigen Städten und Gemeinden gibt es die Möglichkeit, Briefwahlunterlagen auch online auf der Webseite zu beantragen. Meist ist

dafür die Angabe der Kartennummer der Wahlbenachrichtigungskarte notwendig.

Die Briefwahlunterlagen können im Wahlamt auch persönlich beantragt und abgeholt werden. Dort besteht auch die Möglichkeit, die Stimme vor Ort abzugeben. Die Briefwahlunterlagen können auch durch einen mit einer schriftlichen Vollmacht und Ihrer Wahlbenachrichtigungskarte ausgestatteten Vertreter/Vertreterin abgeholt werden.

Meine Briefwahlunterlagen sind da! Was nun?

1. Briefwahlunterlagen aus dem Umschlag nehmen und ganz in Ruhe die Kreuzchen machen.
2. Den Stimmzettel falten und in den beiliegenden blauen Wahlumschlag stecken.
3. Den weißen Wahlschein unterschreiben, damit das Amt weiß, wer gewählt hat. Niemand kann aber erkennen, welche Partei angekreuzt wurde!
4. Den weißen Wahlschein zusammen mit dem blauen Umschlag in den rosafarbenen Umschlag stecken.

5. Den rosa Umschlag (auch ohne Briefmarke) in den Briefkasten werfen und ans Wahlamt zurückschicken.

In welchem Zeitraum kann ich Briefwahl beantragen?

Der Antrag kann sofort gestellt werden, man muss nicht zwingend die Zusendung der Wahlbenachrichtigungskarte abwarten. Die Stimmzettel werden allerdings erst etwa 4 Wochen vor dem Wahltermin verschickt.

In der Woche vor der Wahl sollte man keine Briefwahlunterlagen mehr anfordern, weil sie möglicherweise dann zu spät ankommen und nicht mehr mitgezählt werden.

Man kann in den Wahlämtern der Städte und Gemeinden auch vor Ort seine Stimme abgeben. Das geht während der Öffnungszeiten der Ämter, natürlich auch noch in der Woche vor der Wahl.

Zucker-Kasten



Wohin geht die Europäische Union nach ihrer Wahl 2019?

Zeichnung: Gertrud Zucker, Juni 2014

Fahrräder für Kuba

Wir sammeln Fahrräder – gut erhaltene, aber auch reparaturbedürftige.



Die Fahrräder werden einer technischen Überprüfung unterzogen, ggf. repariert und mit unseren Solidaritätscontainern nach Kuba geschickt.

Die Fahrräder erhalten die Menschen in den Projektregionen, in denen Cuba Sí aktiv ist.

Kontakt: Werner Gerathewohl, Tel. (030) 655 84 28

Cuba Sí

Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon (030) 24 00 94 55, -4 56
www.cuba-si.org | berlin@cuba-si.org

Spendenkonto: Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí,
IBAN: DE 06 1005 0000 0013 2222 10,
BIC: BELADEBEXXX

Verwendungszweck bitte immer angeben:
„Kuba muss überleben“ oder
„Milch für Kubas Kinder“.



1. Mai:

Wir machen Europa sozial

**Gegen Leiharbeit
und Befristung**

DIE LINKE.

www.die-linke.de